Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 198. Freitag den 25. August 1848.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 67 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik" ausgegeben. Inhalt: 1) Ueber die Verhältnisse der Pharmaceuten, insbesondere der in Schlesien. 2) Correspondenz: Breslau, Liegnitz, Hirschberg. 3) Erklärung.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 19—24. (259—264.) Bogen des 9. Abon. von 30 Bogen. Berlin Bg. 125—127. Frankf. Bg. 135—137.

Preußen.

Berlin, 23. Aug. [St.-Anz.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Ober-Bergrath Krigar in Berlin den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem beim Finanz-Ministerium angestellten geheimen Registrator Peicke, dem katholischen Pfarrer und Schul-Inspektor Schiffers zu O'horn, Regierungs-Bezirk Aachen, und dem Prediger Lent zu Weseram den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Gärtner Franz Kiwitz zu Seiffersdorf, im Kreise Falkenberg, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 2. Klasse 98. königlicher Klassen-Lotterie fiel der Haupt-Gewinn von 10,000 Rthl. auf Nr. 27,676; 2 Gewinne zu 1000 Rthl. fielen auf Nr. 55 und 29,407; 1 Gewinn von 500 Rthl. fiel auf Nr. 29,717; 3 Gewinne zu 200 Rthl. fielen auf Nr. 3390, 6301 und 41,597 und 3 Gewinne zu 100 Rthl. auf Nr. 34,642. 59,846 und 75,579.

Rekommandirte Briefe können von jetzt ab, in derselben Form und mit demselben einfachen Verschlusse, wie gewöhnliche Briefe, zur Beförderung mit der Post aufgegeben werden,

Das 35. Stück der Gesetz-Sammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 3018 den allerhöchsten Erlaß vom 17. April d. J., betreffend die Grabenschau-Ordnung für die Niederung der Nuthe und Nieplitz; Nr. 3019 desgleichen vom 31. Juli d. J., betreffend die dem Eckersdorf-Warthaer Chaussee-Actien-Verein in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung der Eckersdorf-Warthaer Kohlenstraße bewilligten fiskalischen Vorrechte; und Nr. 3020, die ministerielle Bekanntmachung vom 15. August d. J., über die allerhöchste Bestätigung des Statuts der unter der Benennung „Eckersdorf-Warthaer Chaussee-Actien-Verein" zum chausseemäßigen Ausbau der Eckersdorf-Warthaer Kohlen-Straße gebildeten Actien-Gesellschaft. — Berlin, den 24. August 1848.

Debits-Comtoir der Gesetz-Sammlung.

Bekanntmachung.

Um Entstellungen und unbegründeten Beunruhigungen der Gemüther vorzubeugen, macht das Polizei-Präsidium über die Vorfälle des gestrigen Abends dasjenige bekannt, was sich aus den bisherigen amtlichen Ermittelungen herausgestellt hat:

Gestern Abend fand eine Versammlung am Opernhause statt, anscheinend veranlaßt durch die beklagenswerthen Excesse, welche Tages zuvor in Charlottenburg gegen die Mitglieder des dortigen demokratischen Klubbs verübt worden waren. Unter den Reden, welche von der Treppe des Opernhauses herab gehalten wurden, kam auch die Aufforderung vor, die Minister zu zwingen, ihr Amt niederzulegen. Die versammelte Menge begab sich sodann vor das Hotel des Herrn Ministers des Innern. Obschon ihr dort eröffnet wurde, daß derselbe nicht anwesend sei, so beruhigte man sich doch nicht, sondern drang gewaltsam ein. Bald darauf theilte Jemand aus einem der oberen Fenster den Versammelten mit, daß man sich von der Abwesenheit des Herrn Ministers überzeugt habe, und daß man nun zu dem Herrn Justizminister gehen wolle, um die Freilassung der politischen Gefangenen zu verlangen. Während sich demnächst die Menge in der Wilhelmsstraße vor den Dienstwohnungen des Herrn Minister-Präsidenten und des Herrn Justizministers befand, rückte eine Abtheilung Schutzmänner heran, um für die Aufrechthaltung der Ordnung zu sorgen. Dadurch entstand ein Conflikt, in Folge dessen die versammelte Menge mit Steinen auf die Schutzmänner warf, und Viele mehr oder weniger verletzte. Auch wurden von der Gegend der Rampe vor der Dienstwohnung des Herrn Justizministers aus der Menge zwei Schüsse abgefeuert, die Geländer der Rampen abgebrochen und die Scheiben im Hotel des Herrn Minister-Präsidenten, so wie die Laternen, zertrümmert. Es gelang nach erfolgter Verstärkung der zuerst herbeigeeilten Schutzmannschaften, die Menge zu zerstreuen. Eine beträchtliche Anzahl der Uebelthäter ist arretirt und dem Staats-Anwalt überwiesen worden.

Berlin, den 22. August 1848.

Königliches Polizei-Präsidium.
von Bardeleben.

Bekanntmachung.

Ueber die Vorfälle, welche am 20. d. Mts. in Charlottenburg stattgehabt und mit Recht eine allgemeine Entrüstung hervorgebracht haben, bringt das Polizei-Präsidium auf Grund der bereits eingeleiteten Untersuchung Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniß:

Seit Kurzem hat sich in Charlottenburg ein Klubb unter dem Namen des demokratischen Vereins gebildet. Als mehrere Mitglieder dieses Vereins am Sonntage im Ziegler'schen Kaffeehause sich versammelt hatten, wurden sie von einer Zahl Charlottenburger Einwohner, vorzugsweise dem Gesellenstande angehörig, überfallen und unter groben Mißhandlungen vertrieben. Bald darauf zog ein Haufe dieser Ruhestörer vor verschiedene Häuser, in welchen Mitglieder des demokratischen Vereins wohnen sollten, drang mit Wuth in die Häuser ein, mißhandelte die Vereins-Mitglieder von neuem und schleppte sie auf die Straße hinaus. Es sind durch diese Gewaltthätigkeiten viele Personen bedeutend verletzt worden.

Das Polizei-Präsidirm hat zur näheren Feststellung dieser strafbaren Handlung sogleich einen besonderen Kommissarius nach Charlottenburg beordert. Sechszehn Personen sind der Thäterschaft bereits so weit überführt worden, daß deren Verhaftung hat verfügt werden können. Berlin, den 22. August 1848.

Königliches Polizei-Präsidium.
von Bardeleben.

Angekommen: Der Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Graf vom Hagen, von Möckern.

Abgereist: Der Erb-Landmarschall im Herzogthum Schlesien, Graf von Sandretzky-Sandraschütz, nach Langenbielau.

Se. Majestät der König haben am 21. d. Mts. Nachmittags in Potsdam die Vorträge des Hrn. Minister-Präsidenten v. Auerswald und des Herrn Finanzministers Hansemann entgegenzunehmen geruht. — Se. Majestät haben am 22. d. M. Nachmittags in Potsdam den Vortrag des Ministers Hrn. Kühlwetter entgegenzunehmen geruht.

Z Berlin, 23. Aug. [Erinnerungsfest. — Die Unruhen. — Bauten.] Zur Erinnerung an die Schlacht von Groß-Beeren fand am heutigen Tage im Kemperschen Lokal im Thiergarten die Speisung der hiesigen Invaliden statt. Der Prediger Blank leitete das Fest durch eine erhebende Ansprache ein. Dem Festessen wohnten außer den alten Kriegern, auch die Generale v. Reyher, v. Stosch und v. Thümen, so wie eine Deputation des 9ten Regiments bei, welches sich in jener Schlacht besonders ausgezeichnet. Die Musik des 9ten Regiments spielte bei der Tafel, an welcher unter lebhafter Theilnahme des sehr zahlreich versammelten Publikums Toaste auf den König, das Vaterland und den Prinzen von Preußen ausgebracht wurden. — Die Ruhestörungen sind gestern Abend nicht in dem befürchteten Grade eingetreten. Es hatten sich zwar große Menschenmassen unter den Linden versammelt, welche jedoch keine weiteren Excesse verübten, als daß sie mit wildem Geschrei und Pfeifen die Luft erfüllten. Die ärgsten Schreier wurden festgenommen. Starke Abtheilungen der Bürgerwehr hielten schon vom frühen Abend an die ganzen Linden besetzt. Dieselben waren für etwa eintretende ernstere Ereignisse mit scharfen Patronen versehen. In einer heutigen Bekanntmachung weis't der Major Rimpler, Kommandeur der Bürgerwehr, darauf hin, daß die Wehrmannschaften von jetzt an bei Excessen von ihren Waffen Gebrauch machen werden. — Der demokratische Klubb hat heute wieder ein sehr aufregendes Plakat veröffentlicht. Das „Volk" wird in demselben aufgefordert, sich gegen das reaktionäre Ministerium und das mit demselben verbündete Bürgerthum zu erheben. Das Ministerium, heißt es, lasse die Demokraten im Kerker schmachten, anstatt sie zur Regierung heran zu ziehen und ihre Kräfte für das Gemeinwohl zu nutzen. — Der Prediger Dowiat, welcher bei den jüngsten Ereignissen sehr betheiligt war, hat es für vortheilhaft gehalten, sich schleunig von hier zu entfernen. — Von dem Bau des großen Schloßthurmes sind jetzt die Gerüste abgenommen, so daß das architektonische Kunstwerk jetzt in seiner ganzen Pracht frei vor den Blicken dasteht. Nur der obere Theil, wo die Krone angebracht wird, ist noch mit Rüstungen umgeben. — Der Dombau schreitet auffallend rasch vorwärts. Nach der Wasserseite zu stehen schon hohe Mauern der äußeren Umkleidung.

Gesetzentwurf über unerlaubte Volks-Versammlungen und Zusammenrottungen.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc. rc. haben Uns, im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bewogen gefunden, ein Gesetz über unerlaubte Volksversammlungen und Zusammenrottungen durch Unser Staats-Ministerium entwerfen zu lassen, und legen diesen Gesetzentwurf der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung zu ihrer Erklärung hierdurch vor.

Gegeben Sanssouci, 22. August 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gez.) v. Auerswald. Hansemann. v. Schreckenstein. Milde. Märker. Gierke. Kühlwetter.

Wir Friedrich Wilhelm rc. rc.

verordnen zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und mit Zustimmung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung, was folgt: § 1. Volksversammlungen unter freiem Himmel dürfen nur nach einer bei der Ortspolizeibehörde 24 Stunden vorher zu machenden Anzeige, welche Namen und Wohnort der Anordner, sowie Zeit und Ort der Versammlung enthalten muß, stattfinden. § 2. Zu Volksversammlungen und öffentlichen Anfzügen auf öffentlichen Plätzen und Straßen bedarf es der vorgängigen Genehmigung der Ortspolizeibehörde. § 3. Die Ortspolizeibehörde ist befugt, eine Volksversammlung oder einen Aufzug wegen dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu verbieten, zu verhin-

dern und aufzulösen. § 4. Wer in einer nicht rechtzeitig angezeigten oder nicht erlaubten Volksversammlung als Redner oder Ordner thätig ist, oder wer in Fällen, in welchen es der Genehmigung zu der Volksversammlung oder dem Aufzuge bedarf, vor Ertheilung derselben hiezu auffordert, oder Aufforderungen verbreitet, wird mit Gefängniß von einem bis zu sechs Monaten bestraft. Wer der Aufforderung des zuständigen Beamten, eine nicht erlaubte Versammlung oder einen nicht erlaubten Aufzug zu verlassen, nicht sofort Folge leistet, hat Gefängnißstrafe von einem bis zu acht Tagen verwirkt. § 5. Wer zu einer bewaffneten Volksversammlung auffordert oder die Aufforderung hierzu verbreitet, ist mit Gefängniß von sechs Monaten bis zu einem Jahre zu bestrafen. § 6. Wer an einer Volksversammlung bewaffnet Theil nimmt, wird mit Gefängniß von drei bis 6 Monaten bestraft. § 7. Wer an Zusammenrottungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen Theil nimmt, wird, wenn er auf die an die Menge gerichtete Aufforderung des zuständigen Beamten sich nicht sofort entfernt, mit Gefängniß von einem bis acht Tagen, und war er bewaffnet, mit Gefängniß von drei bis sechs Monaten bestraft. § 8. Wird von der versammelten oder zusammengerotteten Menge der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht sofort Folge geleistet, so ist mittelst Trommelschalls, Horn- oder Trompetenrufs ein Zeichen zu geben, und dieses in kurzen Zwischenräumen zweimal zu wiederholen. § 9. Leistet die Menge auf das dritte Zeichen keine Folge, so ist die öffentliche Macht befugt, von den Waffen Gebrauch zu machen. § 10. Rücksichtlich der bei Volksversammlungen, Aufzügen und Zusammenrottungen verübten, durch vorstehende Bestimmungen nicht vorgesehenen strafbaren Handlungen verbleibt es bei den bestehenden Gesetzen.

[Die Maischsteuer.] Die Mittheilung, daß die Central-Abtheilung den Hansemannschen Vorschlag, wegen Erhöhung der Maischsteuer insofern verworfen habe, als nach ihrem Beschlusse die kleinen Brennereien keiner Steuererhöhung unterliegen sollen, ist dahin zu berichtigen, daß auch für die kleineren oder vielmehr für die nur 900 Quart Maischraum täglich verarbeitenden landwirthschaftlichen Brennereien die Steuer von 1 Sgr. 8 Pf. für 20 Quart auf 2 Sgr. 3 Pf. erhöht werden soll, während die Regierung 2 Sgr. 6 Pf. vorgeschlagen hat. Ueberdies ist der letztere Vorschlag nicht verworfen, vielmehr nur beschlossen, die Regierung aufzufordern, bei den mit ihr im engeren Steuerverbande stehenden Staaten die Herabsetzung der Steuer auf 2 Sgr. 3 Pf. zu vermitteln. Wir halten übrigens den diesfälligen Regierungsvorschlag für völlig angemessen, denn nach demselben können kleinere Brennereien mit den größeren concurriren, wenn diese 750, jene 625 Procent Alkohol aus 100 Quart Maischraum ziehen. Dürfte dies Ausbeute-Verhältniß der Wirklichkeit nahe kommen, so kommt noch in Betracht, daß die größeren Brennereien dicker einmaischen müssen, als die kleinen, das rohe Material jenen mithin verhältnißmäßig theurer zu stehen kommt. Der Vorschlag der Central-Abtheilung wird die bedauerlichen Folgen haben, daß die mittleren Brennereien gewissermaßen gezwungen werden, ihren Betrieb auf einen täglichen Maischraum von 900 Quart einzuschränken.

(Berl. Ztg.)

[Bericht der National-Ztg. über die Unruhen vom 21. August, namentlich über die Vorgänge im Innern des Auerswald'schen Hotels.] Nachdem der unselige Charlottenburger Vorfall dem demokratischen Klubb zu einem aufregenden Maueranschlage Veranlassung gegeben und weiteres mündliches Schüren schon im Laufe des Nachmittags eine große Menschenmenge veranlaßt hatte, mit ungestümen Forderungen vor die Wohnung des Ministers Milde zu ziehen, verursachten am Abende mehrere Redner, welche von der großen Treppe des Opernhauses herabsprachen, dort einen bedeutenden Auflauf. Unter ihnen werden genannt Herr Dowiat (der bekannte, exaltirte, erst kürzlich aus Amerika zurückgekehrte Deutsch-Katholik) und Edgar Bauer (nicht zu verwechseln mit seinem Bruder Bruno Bauer). Ihre Reden behandelten das Charlottenburger Ereigniß, die Uebergriffe der Konstabler, die schlechte Behandlung der von ihnen Arretirten, die Leiden der in letzter Zeit inhaftirten politischen Gefangenen &c., und bewogen die wohl großentheils aus Neugierigen bestehende Menge sich vor das Ministerium des Innern zu begeben, um von dem Ministerium Kühlwetter die augenblickliche Freilassung der politischen Gefangenen und der in den letzten 14 Tagen von den Konstablern Arretirten zu begehren. Da der Minister sich in der gewöhnlichen Montags-Soiree des Ministerpräsidenten befand, zog der immer wachsende Schwarm zum Justizminister und wandte sich, nachdem er diesen ebenfalls nicht zu Hause getroffen, nach dem gegenüberliegenden, erleuchteten Hotel des Ministerpräsidenten von Auerswald. Hier drang eine aus 5 Personen bestehende Deputation (an ihrer Spitze Dowiat und Edgar Bauer) auf etwas brüske Weise ein, verlangte den Justizminister zu sprechen, trat, nachdem Herr Märker sich eingefunden, mit ihm in ein Zimmer und verlangte mit heftigen Gestikulationen und emphatischen Phrasen „im Namen des Volks" Freilassung der politischen Gefangenen und der von den Konstablern Arretirten, eiferte gegen die Uebergriffe der Konstabler, welches Herr Dowiat durch die Bemerkung motivirte, daß er mehrere Nächte im Schlaf gestört sei durch den Lärm, welchen die Konstabler vor seinem Hause gemacht hätten, klagte über die schlechte Behandlung, namentlich die schlechte Kost der Gefangenen, beschuldigte die Regierung der Schwäche, Halbheit und der Parteilichkeit gegen die Republikaner und Reaktionäre, legte ihr die Charlottenburger Vorfälle zur Last und forderte endlich den Minister auf, den laut ausgesprochenen Anforderungen des Volkes gemäß zu regieren, oder — sein Portefeuille niederzulegen. Der Minister Märker, welcher die Deputation mit großer Ruhe angehört hatte, erwiederte, er glaube durch seine ganze bisherige Wirksamkeit genügend dargethan zu haben, daß er kein Volksfeind sei, er könne aber, ohne seine Pflicht zu verletzen, den auf diese Weise an ihn gestellten Anforderungen nicht genügen. Er habe mit seinem hohen Amt die spezielle Verpflichtung übernommen, für Aufrechthaltung von Recht nnd Gesetz zu sorgen; dies solle allerdings aus dem Bewußtsein des Volkes heraus bestimmt werden; er halte aber die Nationalversammlung für den einzig gesetzlichen Ausdruck des Volkswillens, und könne daher nur dem Ausspruche dieser folgen; die vor dem Hause versammelte Menge sei ein Theil des Volks, welches seinen Willen nicht auf gesetzliche Weise äußere. Die Vorwürfe, welche man der Regierung mache, seien ungegründet oder übertrieben; sie habe stets nach bestem Wissen und Gewissen für Alle unparteiisches Recht gehandhabt; den an ihn gestellten Forderungen zu entsprechen verböte ihm seine Pflicht; er müsse sich auf die Versicherung beschränken, daß die gerichtlich konstatirten Pflichtverletzungen von Beamten doppelt strenge gestraft werden sollten, da von den Handhabern der Gesetze ihre strenge Befolgung zuerst gefordert werde. — Als hierauf die Deputirten nochmals fragten, ob der Minister bei dieser abschlägigen Erklärung stehen bleibe, und dieser es bejahte, verließen die 5 Personen, augenscheinlich mißvergnügt, das Hotel. Während dessen war eine Abtheilung der Schutzmannschaften in der Wilhelmsstraße angelangt und hatte sich bis zur Thür des Ministerhotels Bahn gebrochen. Da dies gegen die widerstrehende Menge nur mit Anwendung des Seitengewehres geschehen konnte und der Volkshaufe mit Steinwürfen antwortete, fielen auf beiden Seiten Verwundungen vor; namentlich ist ein Konstabler lebensgefährlich verletzt worden. — Die zahlreich von Deputirten, Gesandten, hohen und niederen Beamten aus dem Civil- und Militärstande, von Gelehrten und Gewerbetreibenden besuchte Soiree in den oberen Sälen des Hotels, in lebhafter Unterhaltung begriffen über die Ursachen des unerwarteten Attroupements, wurde plötzlich durch einige faustgroße Steine überrascht, welche klirrend durch die Doppelfenster bis in die Mitte des Zimmers flogen. Als ihnen in rascher Reihenfolge bald mehrere und größere Stücke folgten, deren einige sogar die gegenüberliegende Wand erreichten, zog sich die ganze Gesellschaft in die hinteren Zimmer zurück. Bald war keine Scheibe mehr ganz. Zu gleicher Zeit donnerten unten Steine aus dem Straßenpflaster mit fürchterlicher Gewalt gegen die geschlossene Hausthür und die Laden des Erdgeschosses. 10 bis 12 Konstabler hatten stch, großentheils verwundet in das Haus zurückgezogen: Wiewohl Herr von Auerswald mit seiner unerschütterlichen Ruhe überallhin seinen Gästen die Ueberzeugung aussprach, daß der Vorfall nur ein augenblicklicher Ausbruch der Aufgeregtheit sei, welche die bewegte Zeit mit sich bringe; — dem gesunden Kern des Volkes sei eine ernstliche Störung der Ruhe ohne genügenden Grund nicht zuzutrauen, man möge den freilich unpassenden Muthwillen Einzelner nicht höher anschlagen, als er es verdiene, — so wünschte doch ein Theil der namentlich in der Nähe wohnenden Gäste zur Beruhigung ihrer Familien heimzukehren und entfernte sich, da die fortwährend bombardirte Hauptthür nicht zu passiren war, durch eine Seiten-Thür des Gebäudes. Die große Gestalt des englischen Gesandten sah man neben der kleinen, leichten des türkischen hinausschreiten: während in den Zügen des Einen nachdenklicher Ernst lag, trugen die des Andern den Ausdruck lebhaften Unwillens. Nicht allein die Fenster beider Geschosse, sondern auch die Hausthür waren bereits von Steinwürfen gänzlich zerschmettert, die Steine flogen in das Haus hinein, die Laternen wurden zerbrochen, die Geländer an der Rampe herabgerissen, die Gasröhren durchgeschnitten und das stark hervorströmende Gas in Brand gesteckt, Aehnliches geschah vor dem Hotel des Justizministers. Die Straße war durch gewaltige Flammen erleuchtet, ein schreiender Volkshaufen tobte seit einer Stunde vor dem gewaltsam erbrochenen Hause, und noch war kein Mann Bürgerwehr erschienen. Sie hatte bei Kroll ein großes Fest. Da einige fürchteten, sie würde sich überhaupt nicht stören lassen und überdies bereits zwei Schüsse aus dem Volkshaufen gegen das Hotel gefallen waren, versuchte man die weiblichen Mitglieder der Familie des Ministerpräsidenten zu bewegen, sich einstweilen durch die Seitenthür zurückzuziehen. Als jedoch die hochherzige Frau v. Auerswald erklärte, unter keinen Umständen ihren Gemahl verlassen zu wollen, blieb ein Theil der Gesellschaft ruhig in den hinteren Zimmern beisammen. Inzwischen kam die Nachricht vom Heranrücken der Bürgerwehr, die sich auf das etwas verspätete Allarmiren sogleich eingefunden hatte. Kaum wurde dies auf der Straße bekannt, so floh der größte Theil des Volkshaufens nach allen Richtungen auseinander. Nur einige hundert Menschen waren vor den zerstörten Rampen der beiden Ministerhotels zurückgeblieben. Diese aber leisteten nicht Folge, als die heranrückende Bürgerwehr sie durch Trommelschlag zum Auseinandergehen aufforderte, und es mußte daher eine Attaque auf sie gemacht werden, bei der mehrere Verwundungen vorgekommen sein sollen. Von den bald zahlreich herbeiströmenden Wehrmännern wurden allmählig die Straßen gesäubert, wobei hier und da Widerstandsversuche stattfanden. An der Ecke der Behren- und Friedrichsstraße hatte man sogar eine Barrikade errichtet, die jedoch beim Heranrücken der Bürger sogleich verlassen und zerstört wurde. Bei dieser Gelegenheit soll ein Schuß und mehrere Steinwürfe gegen die Bürgerwehr gerichtet worden sein; man ergriff mehrere Personen, unter ihnen einen mit einer Büchse und geladenem Pistol Bewaffneten, welcher angab, ein Freischärler aus Schleswig-Holstein zu sein. Es sollen einige 50 Personen arretirt und mehre leichte Verwundungen vorgekommen sein. — Im Ganzen erscheint der Krawall als ein durch zwecklose Aufregung der blinden Menge absichtlich herbeigeführter; jedoch wird vielfach geäußert, daß er dem Ministerpräsidenten durchaus nicht gegolten, vielmehr einerseits nur gegen die in das Haus zurückgezogenen Konstabler gerichtet gewesen und andrerseits aus dem irrthümlich verbreiteten Gerücht entstanden sei, man habe die Deputation im Hotel gefänglich zurückgehalten. Demnach scheint letztere dem Volke nicht einmal die so ruhige und verständige Antwort des Justizministers mitgetheilt zu haben. Wann wird man sich endlich überzeugen, daß diese hirnlosen Agitationen direkt der Reaktion in die Hände arbeiten, daß bei ihrer Fortdauer eine Rückkehr des Soldaten- und Polizei-Regiments unvermeidlich wird? Auf, du denkender und gesunder Theil des Volkes, schütze endlich mit Kraft deine junge Freiheit! es möchte sonst zu spät werden.

[Tonkünstler-Versammlung.] Auch die Künste fangen an, in den großen Umgestaltungsprozeß der Zeit einzutreten, um ihrerseits ebenfalls diejenige Stellung und den Einfluß zu gewinnen, welcher ihnen naturgemäß gebührt. So haben sich auf die Aufforderung in dem Reskripte des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten vom 14. Juli d. J. hin, auch die hiesigen Musiker am vergangenen Sonnabend den 19ten zu einer vorläufigen Berathung über eine Eingabe an das gedachte Ministerium zusammen gefunden, worin auf Einberufung Sachverständiger zur Ordnung des Musikwesens in Preußen angetragen wird. Es hatten sich dazu gegen zwanzig Herren, darunter auch ein Vorsteher des hiesigen Tonkünstler-Vereins, Dr. Lange, eingefunden; es wurde beschlossen, die ganze Sache einer demnächst einzuberufenden General-Versammlung der hiesigen Musiker vorzulegen und sie zum Beitritt zu der vorläufig besprochenen Eingabe aufzufordern. Es kann nicht fehlen, daß der Ernst, welcher besonders in dem wahren Künstler für die Reorganisation der Musik waltet, eine höchst erfreuliche Rückwirkung auf unser ganzes Leben äußert, und wir begrüßen schon um deswillen die ganze Erscheinung als eine sehr erfreuliche. Daß übrigens die artistische Behörde der hiesigen Akademie dem großen Werke einer Umgestaltung der Künste im Ganzen und Einzelnen nicht gewachsen sei, ist für Kundige schon längst außer allem Zweifel, und deshalb wird das Ministerium auch wohl keinen Anstand nehmen, dem Wunsche der Musiker um Berufung von Sachverständigen zu willfahren. Die Herren Grell, Haupt, Lange, Maercker, Marx, Meyerhoefer, Mücke, Thiele, Wagner, Wilsing sind als Mitglieder eines provisorischen Komite's für die Angelegenheiten der vereinigten Musiker Berlins erwählt worden. Der Beitritt der Provinzen und die Vermittelung desselben wird nach der definitiven Konstituirung sogleich zur Berathung kommen.

(Nat.-Ztg.)

Von gestern bis heute Mittag sind an der asiatischen Cholera als erkrankt angemeldet worden: 16. Berlin, den 23. August 1848. Königliches Polizei-Präsidium.

Trier, 19. August. [Königlicher Befehl.] Es dürfte nicht uninteressant sein, zu erfahren, was der Kriegsminister v. Schreckenstein in Bezug auf eine Anfrage, betreffend den Empfang des Erzherzogs Reichsverwesers, dem General-Kommando des 8. Armeecorps geantwortet. Der unterm 7. August erlassene Bescheid lautet dahin: daß, nach der Allerhöchsten Willensmeinung, Se. kais. Hoheit der Erzherzog Johann in preußischen Garnisonorten so em-

pfangen werden soll, wie dies in der gedruckten Vorschrift vom 28. August 1818 unter Nr. 2 für einen kais. Thronfolger oder Erzherzog bestimmt ist."

(Voß. Ztg.)

* **Breslau**, 24. Aug. [Nordamerika und die deutsche Flotte.] Aus dem Briefe eines Geschäftsfreundes in New-York theile ich Ihnen Folgendes mit: Wir Deutschen in Amerika wenden unausgesetzt unsere Aufmerksamkeit den Bestrebungen unserer europäischen Brüder zu, um mitten im Kriege eine Flotte zu schaffen, um mit derselben dem dänischen Uebermuthe entgegen zu treten. Wie würden wir jubeln, wenn wir die Kunde erhielten, es hätte die dreifarbige Fahne über den des Meeres gewohnten Danebrog Vortheile davon getragen! Wir kennen den Muth unserer Brüder und wissen, daß sie nicht hinter den Großthaten anderer Völker zurückbleiben und denken an jene glänzenden Waffenthaten der Griechen gegenüber der mächtigen Flotte des Sultans, mit dem frohen Gefühle, daß sie von Deutschlands Heldensöhnen bald verdunkelt werden dürften. Die hiesigen Deutschen haben sich mit dem Plane auf das eifribste beschäftigt, wie einige unserer herrlichen Fregatten dem Dienste unserer überseeischen Brüder, wenn auch nur auf Zeit, zugewendet werden könnten. Wenn unsere deshalb geschehenen Schritte erfolglos geblieben sind, so schreiben wir dies zum großen Theile dem Umstande zu, daß wir leider keine Persönlichkeit unter uns besitzen, in deren Hand sich unser Streben centralisirt hätte. Oft haben wir schmerzlich der Abwesenheit des früheren preußischen Gesandten, Herrn von Rönne gedacht, der ganz der Mann gewesen wäre, an den wir uns mit Aussicht auf Erfolg hätten anschließen können. Er besitzt nicht allein unser ganzes Vertrauen, sondern wird auch von der übrigen Bevölkerung, seines Charakters, seiner umfassenden Kenntnisse und des Ernstes seines Strebens wegen sehr hoch geschätzt. Kaum dürfte Deutschland einen zweiten Mann besitzen, der so sehr Alles in sich vereinigt, was ihm als Mittelsperson zwischen Amerika und Deutschland eine erfolgreiche Thätigkeit sichern könnte. Daher war es uns sehr angenehm zu vernehmen, daß derselbe deutscher Gesandter bei uns werden wird, zumal er die Handelsverhältnisse Amerika's und Deutschlands in seltenem Umfange und bis in die Details genau kennt. — Nun er soll wohl bei uns aufgenommen sein, wenn gleich er zu spät kommen dürfte, um unser Gouvernement, oder die gemeinsame privative Thätigkeit der hiesigen Deutschen für den dänischen Krieg zu interessiren. Grüßen Sie Ihre Landsleute uud empfehlen Sie denselben mit den wenigen Schiffen, die sie inzwischen erbaut haben dürften, frisch drauf loszugehen, denn das Glück steht den Tapferen bei. Das einige Deutschland lebe hoch!

Deutschland

Frankfurt, 21. August. [63ste Sitzung der deutschen Nationalversammlung.] Die Sitzung wird um 9½ Uhr durch den Präsidenten v. Gagern eröffnet. Reichsminister Heckscher theilt mit, daß verschiedene Gesandtschaftsposten besetzt sind. v. Andrian, zum Gesandten in London bestimmt, ist wahrscheinlich bereits an seinen Posten abgereist. Zum Gesandten für Paris ist v. Raumer aus Berlin, für Schweden Welcker, für den Haag Compes, für Brüssel Rotenhan, für die Schweiz Raveaux ernannt. Wegen Besetzung des Gesandtschaftspostens in Petersburg sind Einleitungen getroffen. Alle Gesandten sind gleichmäßig instruirt, den Regierungsantritt des Reichsverwesers zu notificiren, über die deutschen Angelegenheiten Aufklärungen zu geben, Vorurtheile und irrige Auffassungen zu beseitigen und zu verkündigen, daß Deutschland eine Politik der Gerechtigkeit, gleichmäßig aber eine feste, auf dem Rechte Deutschlands bestehende Politik verfolgen werde. In Bezug auf Italien sind Maßregeln ergriffen, um Deutschland die Theilnahme an den Friedensverhandlungen zu sichern. Bezüglich Schleswigs ist der Unterstaatssekretär Max v. Gagern über Berlin nach Rendsburgs abgereist, um daselbst den Fortgang der wieder angeknüpften Waffenstillstandsverhandlungen zu übersehen und Vermittler der Ansichten und Wünsche des Reichsministeriums zu sein. Reichsminister des Innern v. Schmerling ist in dem Falle, über den Vollzug des Beschlusses der Nationalversammlung (die Centralgewalt solle von der Staatsregierung in Hannover die unumwundene Anerkennung derselben und des betreffenden Gesetzes verlangen) Mittheilung zu machen. Auf die frühere Notification wegen Gründung der Centralgewalt ist eine dieselbe vollständig anerkennende Antwort der hannoverschen Regierung eingegangen. Auch ist in der Person des Herrn v. Bothmer ein Bevollmächtigter bei dem Reichsverweser ernannt. Die von einem Minister contrasignirte, vom Könige von Hannover unterzeichnete Vollmacht enthält die Ermächtigung für den Bevollmächtigten, alle Erklärungen vollgültig abzugeben. Auf Grund dieses für gültig zu erachtenden Mandats ist von dem Bevollmächtigten die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt ausgesprochen worden. — Nach einigen weiteren Mittheilungen von Seiten des Reichsministers wurde zur Debatte über den Vischerschen Antrag (wegen Zurückstellung von Art. 3 und 4 der Grundrechte) geschritten und der Antrag des Ausschusses auf Tagesordnung angenommen. Hierauf wurde mit der Debatte über Art. 3 der Grundrechte begonnen. Diese wird in der morgentlichen Sitzung fortgesetzt.

[Amtliche Mittheilungen.] Se. kaiserliche Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hat an den königlich preußischen General-Lieutenant und kommandirenden General des 8. Armeekorps, v. Hirschfeld in Koblenz, folgendes Schreiden erlassen:

Bei der Parade der preußischen Garnison in Köln habe ich mich von der ausgezeichneten kriegerischen Haltung der Truppen überzeugt, die mir verbürgt, daß sie in den Lagen der Gefahr nur siegreiche Kämpfe zu bestehen haben würden.

Ich ersuche Sie daher, diesen meinen anerkennenden Ausspruch den Truppen, die am 15. August 1848 vor mir ausgerückt waren, bekannt zu geben.

Frankfurt a. M., am 18. August 1848.

Der Reichsverweser Erzherzog Johann.

Der Reichsminister des Kriegs Peucker.

Se. kaiserliche Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hat in Folge seiner Reise nach Köln an den Oberpräsidenten der preußischen Rheinprovinz, an den großherzogl. hess. Präsidenten des Rheinkreises und an den herzogl. nassauischen Regierungspräsidenten zu Wiesbaden nachstehendes Schreiben erlassen:

Auf meiner Reise zur Dombaufeier und während meines Aufenthaltes in Köln habe ich von der gesammten Bevölkerung des Rheinlandes so lebendige Beweise ihres Vertrauens und ihrer Liebe zu mir erhalten, daß ich mich freudig aufgefordert fühle, dafür meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Ich habe aber in der Weise, in der man mich empfing, nicht allein Anhänglichkeit für mich, ich habe darin den bestimmten Ausspruch klar erkannt, wie das Gefühl für Deutschlands Einheit und Freiheit das deutsche Volk tief und mächtig durchdringt.

Diese Gesinnungen, sie verbürgen, daß das Ziel, was wir erstreben, zu unserem Heile erreicht werden wird.

Ich ersuche Sie daher, den biedern Bewohnern an dem vaterländischen Strome bekannt zu geben, wie freudig und hoffnungsreich die Eindrücke sind, die ich von meiner Reise bewahre.

Insbesondere hat aber die Haltung und der Geist der Bürgerwehren, vor Allem jener in Koblenz und in Köln, die ich näher zu besichtigen Gelegenheit hatte, mich überzeugt, daß sie entschiedene Bürgschaften für die Wahrung der Freiheit, der Gesetzlichkeit und Ordnung gewähren.

Frankfurt a. M., am 18. August 1848.

Der Reichsverweser Erzherzog Johann.

Der Reichsminister des Innern Schmerling.

— (Kassel, 19. August.) Gestern Nachmittag fand die erste Probefahrt auf der Strecke der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn vom Kasseler Bahnhofe bis an den Austritt auf die Fläche vor Grebenstein statt.

Hamburg, 21. August. [Zur Konstitution.] Der Senat meint es jetzt, da er einmal nachgegeben, ehrlich mit der kostituirenden Versammlung, er wird alles Mögliche zur Beschleunigung des Rath- und Bürgerkonvents thun, von welchem der Antrag über die konstituirende Versammlung vorgelegt und entschieden wird. In diesem Sinne haben sich Mitglieder des Senats gegen treue Bürger, welche noch hierselbst eine Meinung haben und gerne die Ansicht ihrer Obrigkeit hören, ausgesprochen. Heute wird in der Senatssitzung über den Tag entschieden, an welchem die nächste Bürgerschaft stattfinden soll, alle Vernünftigen erwarten sicher, daß die Erbgesessenen sich darin finden, die konstituirende Versammlung zu bewilligen, besonders nachdem Senat und Börse sich gebunden haben, der eine durch seine Erklärung an die große Deputation der Vereine, die andere durch ihre letzte Supplik. — Wie es scheint, will der Senat sogleich mit dem Antrag auf eine verfassungsgebende Versammlung das Wahlgesetz beantragen. Um Doppelwahlen zu vermeiden, soll der Senat die 300 Abgeordneten in 30 Wahl-Distrikten an 30 auf einander folgenden Tagen wählen lassen wollen. Ein höchst annehmbares und verständiges Wahlgesetz. — Am Sonnabend erhielten die Herren Oberstlieutenant Mettlerkamp und Dr. Baumeister eine Serenade und ein solennes Hoch. Da Oberstlieutenant M., der „alte Mann mit dem jungen Herzen", wie ihn das Hoch bezeichnete, sehr entlegen wohnt, so kam der Zug bei Baumeister erst um halb 1 Uhr an. Baumeister erschien, an seiner Rechten Wille, an seiner Linken Glitza, uud antwortete mit einem Hoch auf Hambnrg, das er sehr würdig einleitete. Es sprachen noch am Orte die Herren Glitza, Böninghaus und Gallois mit Hochs der „Bürgergarde", dem „deutschen Vaterlande" u. s. w.

(Brem. Ztg.)

Schleswig-Holstein'sche Angelegenheiten.

J. **Hamburg**, 22. August. Die Gerüchte an unserer Börse waren heute sehr kriegerischer Natur; die Waffenstillstands-Unterhandlungen sollen sich abermals zerschlagen haben, und vorzüglich sollen sie daran gescheitert sein, daß eine der Bedingungen feststellt: „Alle von der provisorischen Regierung erlassenen Verordnungen und Gesetze müssen von dänischer Seite anerkannt und in Vollzug gesetzt werden." Privatschreiben sollen diese Nachrichten gebracht haben, welche uns von Männern mitgetheilt worden, denen wir Glauben schenken dürfen.

Dem Hamburger Correspondenten wird dagegen aus Rendsburg geschrieben, daß am 21. August ein dreimonatlicher Waffenstillstand abgeschlossen worden, und zwar unter folgenden Bedingungen: 1) das schleswig-holsteinische Heer bleibt gerüstet und besetzt beide Herzogthümer; 2) sämmtliche preußische Truppen verlassen die Herzogthümer, bilden aber in nicht allzugroßer Ferne ein Lager von 20,000 Mann, so daß sie jeden Augenblick rasch wieder herbeieilen können; 3) von den übrigen Reichstruppen bleiben 4000 Mann im Herzogthum Holstein, alle andern verfügen sich zu Hause; 4) Alsen wird von den Dänen geräumt und 5) vierzehn Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes tritt die provisorische Regierung zurück und es tritt eine andere interimistische Regierung bis nach Festsetzung der Friedensbedingungen an ihre Stelle, deren Mitglieder von der Centralgewalt vorgeschlagen und vom Könige von Dänemark erwählt werden sollen.

Kiel, 19. August. Die näheren Maaßnahmen, welche in der gestrigen Sitzung der Landesversammlung beschlossen wurden, sind folgende: Der erwählte Verfassungsausschuß bleibt beisammen und setzt seine Arbeiten fort, auch muß der Präsident den Bericht dieses Ausschusses, sobald er eingeht, zum Druck befördern. Die Vertagung darf keinenfalls länger, als vier Wochen währen, und tritt die Versammlung spätestens am 15. September wieder zusammen, selbst ohne einberufen zu sein. Jedoch soll das Bureau (Präsident, Vicepräsidenten, Sekretäre), welches gleichfalls beisammen bleibt, die Versammlung, sobald es demselben erforderlich erscheint, auch vor dem 15. September wieder einberufen können, und namentlich dieses sogleich thun, wenn etwa während dieser Zeit die provisorische Regierung abtreten sollte. Die Funktionäre der Versammlung bleiben, wenn diese nicht binnen vier Wochen wieder zusammentreten sollte, noch während acht Tage nach der Wiedervereinigung in ihren Funktionen. Die provisorische Regierung wird von der Versammlung aufgefordert, die Kriegsrüstungen mit Energie fortzusetzen, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Auch werden alle wegen der Vertagung gefaßten Beschlüsse zur Kunde der provisorischen Regierung gebracht. — Die letzte Sitzung fand gestern Abend spät statt, und war die interessanteste von allen, da über das Entlassungsgesuch des Herrn Th. Olshausen aus der provisorischen Regierung verhandelt ward. Derselbe fand sich nämlich wegen eines Konfliktes mit den Ansichten seiner Kollegen in der Regierung über die Politik Deutschlands rücksichtlich Schleswig-Holsteins, veranlaßt, seinen Austritt aus der provisorischen Regierung zu wünschen, und da diese sich nicht kompetent hielt, ihn zu entlassen, suchte er seine Entlassung bei der Landesversammlung. Hinsichtlich der Entlassung beschloß die Versammlung, nach Samwers Antrag: „die Versammlung sollte Herrn Olshausen anzeigen, daß sie das Schreiben desselben vom gestrigen Tage mit Bedauern empfangen habe, indeß bei dem Inhalte desselben seinem Austritte aus der provisorischen Regierung keine Hindernisse in den Weg lege. (59 gegen 42 Stimmen.)

(B.-H.)

T. **Altona**, 22. Aug. Die dänische Partei, die hier nur sehr klein ist, sucht alle Arten Gerüchte zu verbreiten, die vielleicht der deutschen Sache einen materiellen Schaden zufügen könnten, wenn man leichtgläubig genug wäre, diesen Gerüchten zu trauen. So gehet hier das Gerücht, als wollen die Dänen in diesen Tagen einen Schlag auf Altona ausführen, um dadurch vielleicht die Hamburger Kriegsflotte zu veranlassen, die Elbe hinab zu fahren, und dadurch den dänischen Blockadeschiffen als Beute zu verfallen. Wir glauben hier auch keinesweges, trotz aller Friedensgerüchte, daß es so bald zu Ende sei, denn die Friedensbedingungen sind, wie wir hören, nicht so gestellt, daß die Dänen sie so leicht annehmen werden, und schon verlautet das Gerücht, daß der preußische Adjutant, v. Manteufel, unverrichteter Sache von Malmö zurückgekommen sei.

= **Aus dem Schleswig-Holsteinschen**, 22. Aug Von den äußersten Grenzmarken unsers Landes laufen fortwährend Nachrichten ein, daß dänische Truppenzüge von mehreren tausend Mann von Jütland herüber an die äußerste Vorpostenlinie, welche die Brigade Bonin inne hat, herandrängen und zu kleinen, aber hartnäckigen Gefechten Veranlassung geben. Gestern fand auf diese Weise ein Vorpostengefecht statt, bei welchem die

Preußen den Feind zurückdrängten. In dem Apenrader- und Eckenförder-Hafen haben sich dieser Tage wieder mehrere Kriegsschiffe gezeigt; man hat dorthin noch preußische Artillerie mit 12- und 24-Pfündern geschafft, welche die Schanzen am Strande bei Aschau und Louisenburg besetzen sollen. Die frankfurt-weimar-nassauische Brigade (4000 Mann) ist unter Halketts Befehl gestellt worden und hat dieselbe die Bewachung der Ostküsten zu leisten. Der süddeutsche Zuzug wird mit dem morgen früh noch ankommenden letzten bad. Truppen, welche die Westküste besetzen sollen, aufhören.

Kopenhagen, 19. Aug. Unsere Regierung stellt sich, aus Furcht vor dem Kopenhagener Pöbel, sehr spröde gegen alle Friedensunterhandlungen, obgleich der Wunsch nach Frieden im Volke und im Heere (das sich wohl selbst der prahlerischen Belobungen schämt, die es für sein fortwährendes Zurückweichen ohne Schwertstreich erhält) allgemein ist. — Die kondemnirten Schiffe werden wahrscheinlich verkauft werden, wenn der Abschluß der Unterhandlungen nicht bald erfolgt. Es mögen wohl 100 Schiffe sein, die zum Theil sehr billig weggehen werden. — Der österreichische Gesandte ist noch immer hier und steht im besten Vernehmen mit dem Hofe!

Der König beabsichtigt, sich bald nach Jütland zu begeben und die Armee sowohl im Hauptquartier wie in den Kantonnements zu besuchen. — Die russische Flotte, welche ihre Station in Kjöge-Bucht verändert hatte, ist zurückgekehrt, wie es heißt, mit einer Verstärkung.

[Die dänische Note und die Briefe der Generäle Hedemann und Wrangel.] Folgende Note hat der Minister des Auswärtigen am 12. August an die dänischen Gesandten im Auslande gerichtet:

Mein Herr! Es ist Ihnen bekannt, daß die Uebereinkunft über einen Waffenstillstand, der am 2. Juli zwischen Dänemark einerseits und Preußen in Deutschlands Namen andererseits geschlossen wurde, nicht hat ausgeführt werden können, weil der preußische General sich geweigert hat, das Dokument zu unterschreiben, welches sein Hof vorher angenommen hatte. Die periodische Presse in Deutschland und die Minister der Centralgewalt — letztere in einer Sitzung der National-Versammlung in Frankfurt — haben es darauf angelegt, diese Weigerung auf eine Weise zu erklären, als ob es Dänemark gewesen, welches nicht mit der Centralgewalt habe unterhandeln wollen. Man hat dadurch dem Vorgange eine Deutschland beleidigende Wendung gegeben, um noch mehr die zügellosen Leidenschaften gegen uns zu entflammen. Das Faktum ist: Dänemark ist nicht geneigt gewesen, auf Veränderungen in einer einmal geschlossenen Uebereinkunft einzugehen, und namentlich auf diejenigen Veränderungen, welche von General Wrangel vorgeschlagen wurden. Die dänische Regierung war eben so wenig geneigt, der Centralgewalt das Vorrecht, nach Gutbefinden und ohne Schadenersatz Veränderungen in dieser Acte vorzunehmen, einzuräumen. Ein solches Recht würde Dänemark selbst in Bed nk genommen haben, einer freundschaftlichen Macht, wie z. B. Oesterreich, einzuräumen. Ein solches Verfahren wird sicherlich keine Beleidigung gegen irgend Jemand enthalten, selbst nicht gegen die Centralgewalt, unsern Feind; es würde wahrlich wenig gerecht sein, zu behaupten, daß Dänemark müsse einen mehr oder minder wesentlichen Vortheil, welchen eine einmal abgeschlossene Uebereinkunft ihm zusichere, fahren lassen, ohne als Ersatz andere Bewilligungen, die es als Aequivalent dagegen ansehen kann, erhalten zu haben. Dänemark wünscht, im Gefühle für Preußens Ehre und dessen Macht, eine hinreichende Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen, welche es sich in diesem Falle auferlegt hat, zu sehen; es kann sicherlich nicht die Sache der dänischen Regierung sein, ausfindig zu machen, auf welche Weise Preußen sich mit den anderen Staaten, in deren Namen es zuerst seine Absicht kundgethan hat, in Unterhandlung mit uns zu treten, abfinden kann. Die zwischen den Generalen Hedemann und Wrangel beim Abbruch der Unterhandlungen gewechselten Noten, die beigehend in Abschrift beigelegt sind, werden als überzeugende Aktenstücke dienen, und die in meinem gegenwärtigen Schreiben enthaltenen Bemerkungen erklären, wobei ich Sie auffordere, dies zur Kenntniß der Regierung zu bringen, bei welcher Sie accreditirt sind. Ich habe die Ehre zu sein ꝛc."

Brief von General Hedemann an General Graf Wrangel, Oberst-Kommandirenden der Truppen Sr. Maj. des Königs von Preußen:

„Veile, den 24. Juli 1848. Herr General! Unter dem 12ten d. M. hatte ich die Ehre, Ew. Excellenz zu benachrichtigen, daß ich von meinem hohen Herrn, dem König, bevollmächtigt sei, im Verein mit Ew. Excellenz einen Waffenstillstand zu unterzeichnen, der in Malmö unter der Führung von Schweden auf eine von beiden Seiten angenommene Basis abgeschlossen sei. Diese Basis war angenommen und bekräftigt worden einerseits von Sr. Maj. dem König von Dänemark und andererseits von Sr. Maj. dem König von Preußen, wie der Berliner Hof durch einen außerordentlichen Gesandten an Se. Maj. den König von Schweden und Norwegen mitgetheilt hat. Ew. Excellenz hatten die Güte, am 12ten d. M. mich zu benachrichtigen, daß auch Sie von Sr. Maj. dem König von Preußen die nöthige Vollmacht erhalten hätten, um zu unterhandeln und einen Waffenstillstand abzuschließen. Ich hatte also vollkommen Grund zu vermuthen, daß der Waffenstillstand durch die angenommenen Bedingungen unterzeichnet werden würde. Allein durch die vorläufigen Conferenzen, welche auf Bellevue bei Kolding Statt hatten, fand Herr General es für gut, mit Bedingungen hervorzutreten, die nur wenig übereinstimmten mit denen in Malmö angenommenen, und statt solchen darunter, die einen oder den andern Vortheil für Dänemark enthalten konnten, andere zu setzen, welche von unendlich weniger günstiger Natur. Ich glaubte inzwischen nicht, es auf mich nehmen zu dürfen, diese Unterhandlung abzubrechen, obgleich sie so wunderlich ihr Aussehen veränderte, und unterrichtete daher meine Regierung davon. Diese bevollmächtigte mich durch Hrn. de Reetz, Ew. Excellenz verschiedene Modificationen vorzuschlagen, in der Hoffnung, eine Uebereinkunft zu Stande zu bringen. Aber in den Conferenzen vom 19. d. M. sprechen die HH. Graf de Pourtalès, Graf d'Oriola und Graf Münster, welche in Ew. Excellenz Namen handelten, in Gegenwart der Gesandten Großbritanniens und Schwedens, ungefähr dieselben Forderungen aus, wie in den früheren Conferenzen gestellt worden waren, wenigstens mit solchen Veränderungen, welche sie nicht annehmbarer in den Augen der dänischen Regierung machten. Endlich bestehen Ew. Excellenz darauf, dieses Arrangement einer neuen Ratifikation unterzulegen, deren Ausbleiben genügend sein würde, Alles zu vernichten, worüber man vorher schon sich geeinigt hätte. Des Königs Regierung hat aber gethan, was irgend in ihrer Macht stand, auf eine ehrenvolle Art die Feindseligkeiten zu beenden, aber wird sich niemals darin finden, beschließen zu müssen, die Verpflichtung Sr. Majestät des Königs von Preußen, Schweden gegenüber, für nichts geltend anzusehen, oder zu denken, daß der Souverän, welcher dem Befehle der deutschen National-Versammlung zuvorgekommen ist und den gegenwärtigen Krieg angefangen hat, nicht mehr Herr seines Aufhörens sei, und das nicht, trotz der Vollmachten, die ihm in dieser Hinsicht gegeben worden sind. Falls Ew. Excellenz anders urtheilt, ist es Ihnen, der auf's Neue zu den Waffen ruft, überlassen, die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen, allein von meiner Seite muß ich Sie unterrichten, daß ich gleich noch im Laufe dieses Tages bereit bin, den Waffenstillstand auf die in Malmö angenommenen Bedingungen zu unterzeichnen. Ich habe die Ehre zu sein (unterz.) **Hedemann.**"

Brief von General Wrangel an General Hedemann, Oberst-Kommandirenden der Truppen Sr. Majestät des Königs von Dänemark:

„Hadersleben, den 24. Juli 1848. Herr General! Da ich aus dem Briefe, welchen Ew. Excellenz mir die Ehre gethan heute Morgen zu schreiben, ersehen habe, daß es Ihre Absicht ist, die begonnenen Unterhandlungen abzubrechen, indem Sie nicht allein alle die Modificationen verwarfen, welche ich glaubte in dem ursprünglichen Entwurf zu Malmö vorschlagen zu müssen, sondern auch noch die Clausel, wodurch die Ratification des Waffenstillstandes Sr. kaiserl. Hoheit dem Reichsverweser vorbehalten wird, so habe ich die Ehre Ew. Excellenz zu benachrichtigen, daß Graf de Pourtalès heute mein Hauptquartier verläßt, daß die Feindseligkeiten heute Abend 10 Uhr wieder ihren Anfang nehmen. Genehmigen Sie, Herr General u. s. w. (unterz.) **Wrangel,** Kavalerie-General.

Aus dem Herzogthum Schleswig, 20. Aug. [Halboffizielles Schreiben?] Die Berl. Ztgn. enthalten übereinstimmend folgendes Schreiben: In mehreren öffentlichen Blättern wird das Benehmen des Generals Wrangel in Bezug auf die abgebrochenen Waffenstillstands-Unterhandlungen getadelt und dabei besonders hervorgehoben, daß er geäußert habe, er sei nicht preußischer, sondern Bundesgeneral, wobei es denn nicht gefehlt hat, daß manche Konsequenzen daraus gezogen wurden. Alle diese Zeitungsartikel entbehren aber durchaus eines officiellen Ursprungs; sie sind entweder Folge eigenen Unmuths, daß überhaupt ein Waffenstillstand nicht zu Stande gekommen, oder aus dänischen Zeitungen geschöpft, die ihren Unwillen über die Nichtannahme der abgeschlossenen vorläufigen Uebereinkunft aus sehr natürlichen Gründen ausgesprochen haben, und die Schuld davon allein dem General Wrangel zuschreiben, der sich geweigert haben soll, die Befehle seiner Regierung zu befolgen. Wer aber die Gesinnungen und den Charakter des ehrenwerthen Generals nur einigermaßen kennt, wird ihn nicht eines solchen Ungehorsams zeihen. Was ich aus glaubwürdiger Quelle über diese Angelegenheit erfahren, will ich zur Aufklärung dessen, was den genannten General betrifft, hiermit der Oeffentlichkeit übergeben. Ungefähr vor einem Monat wurde dem General Wrangel von der preußischen Regierung eine Vollmacht überschickt, im Namens Preußens und des deutschen Bundes, mit den Dänen einen Waffenstillstand abzuschließen, auf Basen, über welche die betreffenden Regierungen sich auf diplomatischem Wege bereits verständigt gehabt haben sollten. Die Diplomatie hatte sich jetzt zurückgezogen und die Verantwortlichkeit des Abschlusses des Waffenstillstandes war dem General übertragen. Vielfach ist nun zwar geäußert worden, daß dieser, unter solchen Umständen, für die diplomatisch festgestellten Bedingungen nicht verantwortlich gewesen sei, da ihm nur eine Formsache übertragen worden sei und er mithin ohne alle weitere Betrachtung nur die Vollziehung jenes Traktats auszuführen gehabt hätte. Den hier ausgesprochenen Grundsatz muß ich aber durchaus bestreiten, und zwar nicht auf Grund von Bestimmungen und Gesetzen, sondern auf Grund meines Gefühls. Wer seinen Namen unter eine Verhandlung setzt, ist, wenn auch nicht immer der allein Verantwortliche dafür, doch jedenfalls der Mitverantwortliche, und von diesem Gesichtspunkte soll auch der General Wrangel bei seinem Verfahren hierbei ausgegangen sein. Ohne hier auf die diplomatisch stipulirten Bedingungen des Waffenstillstandes, die in den öffentlichen Blättern hinreichend besprochen worden, näher einzugehen, will ich nur anführen, daß der General sie nicht von der Art fand, daß er eine Mitverantwortlichkeit für dieselben übernehmen zu können glaubte; er machte deshalb noch vor Beginn der Verhandlungen Rückfragen bei der preußischen Regierung, wobei er sich dahin äußerte, daß er sich in seiner Stellung als Bundesgeneral um so mehr dazu verpflichtet fühle; keineswegs aber hat er erklärt, er sei nicht mehr preußischer General. Seine Stellung in seinem Vaterlande Preußen hat er nie verleugnet und wird sie auch nie verleugnen, wenn gleich der Oberfeldherr einer deutschen Armee, nach dem Wortlaut der Kriegsverfassung des deutschen Bundes, nur diesem Gehorsam schuldig ist. Der General hatte hiernach zwei Pflichten zu erfüllen, die scheinbar von einander verschieden sind; in der Wirklichkeit sind sie es aber nicht, denn Alles, was für Preußen vortheilhaft ist, ist es auch für Deutschland, und umgekehrt. Die Absicht des Generals Wrangel konnte daher nur die sein, in beiderseitigem Interesse zu handeln, und daß ihm dies gelungen, soll ihm, wie ich äußerlich vernommen, in bestimmtester Weise officiell ausgedrückt worden sein. Fernec ist noch erwähnt worden, daß sich der General Wrangel geweigert habe, den Waffenstillstand auf Grund der ihm ertheilten Vollmacht definitiv zu vollziehen und es nicht anders als unter Vorbehalt der Ratifikation durch den Reichsverweser, habe thun wollen. Daß dieser Ausspruch bei den desfallsigen Verhandlungen mit den dänischen Bevollmächtigten geschehen, hat allerdings seine Richtigkeit; er war aber nicht der Ausdruck der eigenen Ansicht des Generals von den obwaltenden Verhältnissen, sondern die Folge einer, ihm nachträglich zugekommenen Instruktion der preußischen Regierung, die sich durch die inzwischen neu geschaffene Centralgewalt in Deutschland zur Ertheilung derselben veranlaßt gesehen haben soll. Zur richtigen Würdigung des Verhältnisses eines deutschen Bundesgenerals, welches nicht allgemein bekannt zu sein scheint, will ich zum Schluß noch einige hierauf bezügliche Paragraphen aus der Kriegsverfassung des deutschen Bundes hinzufügen: § 47. Der Oberfeldherr verhält sich zum Bunde wie jeder kommandirende General zu seinem Souverän; die Bundesversammlung ist daher seine einzige Behörde, welche mit ihm durch einen aus ihr gewählten Ausschuß in Verbindung steht. § 48. Der Oberfeldherr wird von der Bundesversammlung in Eid und Pflicht des Bundes genommen (und diesen Eid hat der General v. Wrangel als Oberfeldherr der deutschen Armee in Schleswig-Holstein geleistet); er erhält von derselben allein Vollmachten und Befehle, auch in besonderen Fällen spezielle Instruktionen; er erstattet an dieselbe seine Berichte unmittelbar. § 53. Der Oberfeldherr hat die Befugniß, wegen Einstellung der Feindseligkeiten Uebereinkünfte abzuschließen, wenn dadurch große Vortheile zu erreichen sind, oder Gefahr auf dem Verzuge haftet. Er soll jedoch förmliche allgemeine Waffenstillstands-Verträge nur unter vorbehaltener Genehmigung des Bundes abschließen können.

Oesterreich.

L **Wien,** 22. August. Unsere gestrige Arbeiter-Emeute wegen herabgesetzten Lohns bei den sogenannten Staatsarbeiten ist von der Nationalgarde, unter welcher sich die durchweg schwarzgelb gesinnte berittene Garde besonders eifrig zeigte, gesprengt worden, wobei blos einige unbedeutende Verwundungen vorfielen. Die Thatsache an und für sich wäre kaum der Rede werth, wenn sich nicht durch selbe die Unhaltbarkeit und die schroffe Inkonsequenz durchgängig abnormer Zustände am sichersten nachweisen ließen. Ich meine das radikale Bramarbasiren der akademischen Legion, ihr Fortbestehen als kompetente richterliche Behörde, und das Beköstigen der Arbeiter auf Staatskosten, unter dem Vorwande, sie zu beschäftigen. Die Arbeiter werden erstlich immer zügelloser, weil sie auf die Unterstützung der Studenten rechnen, die gestern in geringer Anzahl mit abgeschraubten Bajonnetten mehr als müssige Zuschauer, denn als Helfer der Nationalgarde erschienen und hin und wieder sogar mit den Arbeitern fraternisirten. Heißt das nicht geradezu den anarchischen Zustand künstlich unterhalten wollen? Man muß freilich gestehen, daß man der akademischen Legion keine feine Berechnung zur Last legen darf. Sie besteht größtentheils aus politischen Kindern, die nur froh sind, mit den Säbeln zu klirren und ihre Kalabreserhüte recht stolz zu tragen. Die Wenigen, denen wir auch die Errungenschaften der März- und Maitage größtentheils zu verdanken haben, sind schon zur Besinnung gekommen, wissen aber, wie der Göthe'sche Zauberlehrling nicht, wie sie die heraufbeschworenen Elemente wieder zur Ruhe bringen sollen. So lange die akademische Legion dieses radikale Gebehrden nicht ablegt und sich allgemein für konstitutionell-monarchische Gesinnungen ohne fortwährendes Hinschieben auf eine Republik hingiebt, so lange sind eine gesicherte Ruhe der Hauptstadt, ein Aufleben des Vertrauens, eine Rückkehr des kommerziellen und gewerblichen Treibens rein undenkbar. Eben so gleicht die Geldunterstützung der Arbeiter nur dem Füllen des Danaidenfasses und legt einer wo möglich radikalen Abhülfe eher neue Hindernisse in den Weg, als daß sie solche förderte. Die Zahl nicht der Arbeitlosen, sondern der Müssiggänger vermehrt sich täglich, indem lüderliche Gesellen und schlechte Dirnen es vorziehen, im Staatsdienste für hohen Lohn nichts zu thun,

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 198 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 25. August 1848.

(Fortsetzung.)

als bei Privatleuten um geringeres Geld tüchtig arbeiten zu müssen. Der Minister der Arbeiten beharrt freilich in einem heute veröffentlichten Cirkulare bei der Reduktion des Lohnes, was er natürlich thun mußte, doch wird deswegen noch immer eine enorme Summe, wenigstens 2000 Gulden Konv.-Münze täglich verschleudert, und der soziale Krebsschaden dringt immer tiefer und breitet sich auch extensiv bedeutend aus. — Würden sich diese Summen nicht vortheilhafter verwenden lassen, Arbeiter in die fruchtbaren Ebenen Galiziens zu übersiedeln, das überreich an Land aber blutarm an fleißigen, rührigen Händen ist? Von den Donauländern, von im schlimmsten Falle regelmäßig unter der unmittelbaren Leitung der Regierung organisirten Auswanderungen nach Amerika will ich schon gar nicht sprechen. Jedenfalls würden diese jetzt unnütz und zu schädlichen Zwecken verwendeten Summen wirklich heilsame Früchte tragen und die Lösung der unsere Zeit so sehr in Anspruch nehmenden socialen Frage sehr erleichtern. Möge das Ministerium der That zeigen, daß es wirklich diesen Namen verdient, und nicht blos zu Palliativen greifen, die das Uebel nur verschlimmern, indem es eine völlige Heilung in der Zukunft findet.

Wien hat gestern (am 23.) einen ernsten Arbeiter-Aufstand gehabt, bei welchem leider mehr Menschenblut geflossen ist, als seit den Märztagen zusammen. — Der Auflauf, welchen die Arbeiter am vorigen Montage wegen der Herabsetzung des Tagelohns um 5 Kreuzer verursacht hatten, war zwar durch die imposirende Aufbietung der sämmtlichen Nationalgarden Wiens unterdrückt, aber die Erbitterung nicht erstickt worden. Letztere sprach sich am folgenden Dienstage (22.) dadurch aus, daß 2 Municipalgardisten von den Arbeitern gefährlich verwundet, man sagt sogar, getödtet wurden. Der Vormittag des gestrigen Mittwochs verlief ganz ruhig, man hatte keine Ahnung von den schauervollen Ereignissen, welche am Nachmittage und Abende Wien in die höchste Aufregung versetzen sollten. Die erste Veranlassung soll, nach den Aussagen der Meisten, eine kleine Zänkerei gewesen sein. Mehrere Arbeiter wollten sich nämlich in der Mittagsstunde in der Nähe des Praters baden. Einige Municipalgardisten verwiesen ihnen solches; jene antworteten mit Hohn und der Schluß dieses Auftritts war, daß die Municipalgardisten (deren nach und nach 7 zusammengekommen waren), stark durchgeprügelt wurden. Der nächste Wachtposten der Nationalgarde, der schleunigst zur Hilfe herbei eilte, wurde, da die Arbeiter von Minute zu Minute an Zahl wuchsen, zurückgeworfen und nun tobte der Generalmarsch durch die angrenzende Leopoldstadt. Dies war zwischen 1 und 2 Uhr Nachmittags. Während die Nationalgarden der Leopoldvorstadt auf die Sammelplätze eilten, hatte man im Innern der Stadt noch keine Ahnung von dem Trauerspiel, was sich in dieser Vorstadt vorbereitete. Einige der am schnellsten zusammengekommenen Kompagnien der Nationalgarde eilten nun in Verbindung mit der berittenen Municipalgarde die Jägerzeile hinab; an deren Ende und am Eingange in den Prater stießen sie auf die Arbeiter. Zureden und Warnung waren fruchtlos, sie wurden mit Spott erwiedert. Nun hieben die berittenen Garden ein, während die übrigen einen Bajonnetangriff machten. Die Arbeiter wurden geworfen und zerstreuten sich in den Prater. Die Leopoldstadt bot in diesem Augenblicke ein Bild der höchsten Verwirrung dar. Alle Läden waren geschlossen, die Straßen dicht gedrängt voll von ungeheuren Menschenmassen. Durch diese und längs der Jägerzeile drängten sich einzelne Züge der Munizipalgarden, welche Fahnen, Schaufeln, Hacken 2c. mit sich führten; sie waren den zurückgeschlagenen Arbeitern abgenommen worden. Hinter ihnen folgten von Zeit zu Zeit Wagen mit Todten und Verwundeten. Einer sprach von 4 Todten, so wie Transports von Eingefangenen. Das Trauerspiel schien beendet, während es erst begonnen hatte. In der That schien alles beruhigt, man zerstreute sich, kehrte nach Hause zurück und selbst einige Abtheilungen der Nationalgarde begaben sich in die innere Stadt. Um 5 Uhr erschienen plötzlich neue Rotten von Arbeitern am Ausgange der Taborstraße. Eine Kompagnie Nationalgarde rückte ihnen sogleich aus einer der Nebenstraßen entgegen und gab (ob nach vorhergegangener Aufforderung sich zu zerstreuen oder nicht, kann Referent nicht berichten, obwohl der Vorfall kaum 500 Schritte von den Fenstern des Hotels, in dem er wohnte, sich zutrug) — eine volle Salve. Viele stürzten, die übrigen wichen. Die Arbeiter wurden nun allmälig aus der Vorstadt und bis in die Umgegend des Bahnhofes der Ferdinands-Nordbahn getrieben. Referent hörte selbst, während er auf den Abgang des Zuges wartete, mehreremal ganze Kompagnie-Salven, so wie das Geheul der Verwundeten. Referent sah früher (gegen 3 Uhr) selbst 2 Wagen mit 2 Todten und 5 bis 6 Verwundeten, außer vielen andern Verwundeten, die in die benachbarten Hospitäler getragen und geführt wurden, er muß also nach alle diesem annehmen, daß die Anzahl der Verwundeten sich auf mehrere Hunderte belaufen muß; wie viel Todte es gegeben, läßt sich natürlich nicht bestimmen. Bei Abgang des Zuges um halb 8 Uhr hatte sich der Kampf wohl aus der Umgegend des Bahnhofes entfernt, doch konnte man annehmen, daß er noch nicht beendet sei. Wahrscheinlich hat erst die einbrechende Nacht und der Regen die Ruhe wiederhergestellt.

[Sitzung des konstituirendeu Reichstags vom 22. August.] Jonak interpellirt in Abwesenheit des Ministers des Aeußern, die er bedauert, den Minister des Innern und fragt: 1) Ob Frankreich und England zu interveniren gedenken, ob sie dies angekündigt, in welcher Art und unter welchen Verhältnissen dies stattfinden werde. 2) In wie weit die Vertreter der fremden Mächte sich an der italienischen Frage betheiligen. 3) In welchem Verhältnisse die deutsche Centralgewalt stehe. 4) Ob und wie fern sich dieselbe betheiligt hat oder betheiligen wird.

Doblhoff kündigt an, daß der Minister Wessenberg bereits angekommen sei. Der großbritannische und französische Gesandte haben den Auftrag erhalten, einen Ausgleich herbeizuführen und Vorschläge zu machen, er könne daher eröffnen, daß wohl eine Mediation, nicht aber eine Intervention stattfinden werde. Was die Stellung zu Frankfurt betrifft, so ist in dieser Angelegenheit dem Minister nur aus den Verhandlungen bekannt, daß es Theil an Oesterreich nehme, Eröffnung ist keine gemacht worden. Der Reichsverweser hat nun zu Radetzky einen Beauftragten gesendet, um in die Sache Einsicht zu nehmen. Betreff Englands kann Doblhoff sich nicht äußern, da ihm nichts näher bekannt sei.

Reichel fragt, ob die österreichische Regierung die französische Republik officiell anerkennen werde.

Doblhoff antwortet, daß dies bereits zum Theil geschehen, indem Se. Majestät bereits Sonntag den französischen Gesandten empfangen. (Beifall.)

Thinfeld zählt die beunruhigenden Vorfälle des gestrigen Tages auf, und meint, daß diese dem Reichstage nicht gleichgiltig sein können. Er weist zugleich auf ein Plakat des demokratischen Vereines hin, und fragt, was die Veranlassung zu den gestrigen B wegungen war, und was das Ministerium zu thun gedenke.

Schwarzer antwortet, daß die Veranlassung die Verminderung des Arbeitslohnes war. Das sei schon seit sechs Wochen ein Bedürfniß, weil das Zuströmen von Weibern und Kindern enorm sei, so daß von finanzieller Seite die größten Schwierigkeiten auftauchen. Bei dem leiden die Gewerbe Mangel an Arbeitern, und sei hier nichts anders zu thun, als durch Herabsetzung des Lohnes das fortwährende Zuströmen zu hindern. Früher konnte man die Maßregel nicht ausführen, weil die Ruhe und Ordnung noch nicht hergestellt war. — In wenigen Wochen werden die Regenwetter eintreten, und Massen Arbeiter hätten dann kein Brot. Um nun jede Bewegung, jeden etwaigen blutigen Auftritt zu hindern, seien die Arbeiter nicht in die Stadt gelassen, und die gestrigen Maßregeln angeordnet worden. Es ist dies mit Zustimmung des ganzen Ministeriums geschehen. Schon Samstag sei den Arbeitern die Verminderung des Lohnes bekannt gewesen, aber erst Montag hätten sie sich auf diese Weise geäußert; das Ministerium werde allen Vorfällen mit Kraft begegnen und nichts werde zurückgenommen. Es sei dies das erste Mal, daß ein Ministerium einer Volksbewegung nichts nachgegeben und dies wird ihm auch fortan zur Richtschnur dienen. Es hat die Nothwendigkeit erkannt, seinen Befehlen Achtung zu verschaffen. Der Erfolg der Maßregel wird sein, daß unter den Arbeitern Ordnung eintreten und kein Zuströmen stattfinden werde, es werden sich Viele der Industrie zuwenden, dieser ein Vortheil erwachsen und der Demoralisation seien Schranken gesetzt. Das Ministerium ist gesonnen, in dieser Weise konsequent fortzufahren. (Beifall.)

Justizminister Bach legt dem Vorfall keine politische Bedeutung bei und äußert sich mißbilligend über das Plakat. Man habe sich über das Ministerium gestellt, welches verantwortlich ist für Ruhe, Achtnug der Gesetze. Im Sinne der Freiheit werde das Ministerium das Associationsrecht schützen, dem Mißbrauche dieses Rechtes entschieden entgegen zu treten, als seine heilige Pflicht erachten. — Er spreche es offen aus, daß das Ministerium auf konstitutionell-monarchischem Boden stehe und werde daher anarchische, republikanische Bestrebungen nicht dulden. Indem es die französische Republik anerkenne, erkennt es das Recht an, daß ein Volk sich selbstständig organisire, es sei aber durchdrungen von der Ueberzeugung, daß man wie ein Mann aufstehen werde gegen anarchische Bestrebungen und das konstitutionell-monarchische Oesterreich siegreich aus den Bewegungen hervorgehen werde. — Die Feststellung der Freiheit hänge wohl von dieser Versammlung ab, das Ministerium sei aber die Exekutivgewalt und er hoffe auf die Unterstützung des hohen Reichstages. (Beifall.)

Borrosch als Redner über Kudlichs Antrag (die Robotfrage) macht sichs zur Aufgabe, versöhnend zu sprechen. Er will Entschädigung durch den Staat und ist gegen Auflösung in einzelnen Provinzen, da die anderen sich ein übles Beispiel nehmen.

Brandel, ein Bauer aus Oberösterreich, fragt, für wen die Wiener die Freiheit errungen hätten; nicht für Wien, sondern für das ganze Volk, und darum könne es nicht verhalten werden, für so lange getragene Lasten sich noch loszukaufen. Die Gutsherren müssen wie in Polen freiwillig verzichten. Im Jahr 1810 seien die Grundsteuern ohne Rücksicht auf andere Lasten eingeführt worden; wer hat sich damals des Bauern angenommen? Niemand! und er wurde verschuldet, gepfändet, mißhandelt. (Beifall.)

Prestl will sogleiche Aufhebung der Lasten und spätere Entschädigung. Wenn man die Kosten, die jetzt die Gutsherren haben, abzieht, werde ohnehin keine große Summe herauskommen. Die Berechtigten mögen ein Drittheil nachlassen, der Staat solle ein Drittheil und das letzte der Bauer leisten.

Nun sind Anträge an der Tagesordnung und Löhner stellt den Antrag, der Reichstag möge beschließen, die Adelsauszeichnungen seien aufgehoben, die Führung eines Titels unterliegt vom Staate keiner Kenntnißnahme oder Prüfung. Er vergleicht die Adelstitel mit Fossilien, die nach einer Ueberschwemmung zurückgeblieben sind, und fordert: 1) keine ferneren Verleihungen; 2) wer den Titel tragen wolle, möge ihn mit demselben Rechte tragen, wie man einen Rock oder einen Bart trägt.

Sierakowski hat bereits früher einen Antrag auf gänzliche Aufhebung gestellt und begründet seinen Antrag mit folgenden Worten: „Es ist bereits feierlich anerkannt, daß wir eine demokratische Monarchie wollen. Diese hat ihre Souverainetät im Volke, und es muß daher jedem Einzelnen sein gleicher Theil zuerkannt werden. Dies zu können, müssen wir nun das größte Hemmniß beseitigen. Ich glaube, diese wenigen Worte werden genug sein.“ Beide Anträge wurden mit außerordentlichem Beifalle aufgenommen, und so zahlreich unterstützt, daß schon die Unterstützung eine Majorität herausstellte. Es entspann sich nun eine sehr lange Debatte, ob man den Antrag in die Vollberathung bringen, ob man ihn erst den Abtheilungen, oder dem Constitutionsausschusse zuweisen solle, bis sich endlich die Majorität für letzteres entschied.

[Schreiben des Studenten-Ausschusses an das Ministerium.] Die seit einiger Zeit unter einem Theile des Publikums und in den Tagesblättern laut gewordene Ansicht, es wären die in Versammlungen auf der Aula gefaßten Beschlüsse, unq insbesondere die daselbst beantragte und stattgefundene Unterschreibung einer Adresse an die äußerste Linke der Frankfurter Versammlung als der Ausdruck der Gesinnung der Studentenschaft Wiens anzusehen, und diese selbst unter der Fortentwickelung unserer staatlichen Verhältnisse auf konstitutioneller Grundlage nicht einverstanden, — hat das Ministerium des Innern veranlaßt, zur Ermittelung der wahren Sachlage an den Ausschuß der Studenten Wiens, als den Vertreter der gesammten Studentenschaft, eine Zuschrift zu richten. In der betreffenden Antwort sagt der Ausschuß der Studenten: „Die Versammlungen, die in den letzten Tagen in der Aula abgehalten wurden, tragen durchaus nicht den Charakter von Versammlungen der Studentenschaft, noch können die Beschlüsse, welche etwa in diesen Versammlungen gefaßt wurden, für Beschlüsse der Studentenschaft gelten. Da diese Versammlungen weder auf Veranlassung noch mit Einwilligung des Ausschusses der Studenten stattfanden, da ferner nur der geringste Theil der Anwesenden aus Studenten bestand und die bei weitem größere Anzahl einem gemischten Publikum angehörte, so können diese Versammlungen für durchaus nichts anderes als Volksversammlung angesehen werden, die nur durch den zufälligen Ort, an welchem sie stattfanden, die Meinnng erregen konnten, als wäre die Studentenschaft dabei betheiligt. — Der Ausschuß hat daher in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß von

jetzt ab die Aula in der Regel geschlossen bleibe, und in denjenigen außerordentlichen Fällen, wo wegen einer nothwendigen Plenar-Berathung der Studentenschaft eine Aula-Versammlung stattfinden müsse, diese nur unter der Leitung des Ausschusses abgehalten werde; daß endlich Volksversammlungen in der Aula unter keiner Bedingung gestattet werden können. — Das hohe Ministerium wie die biederen Bewohner Wiens mögen sich von den zahlreichen Verdächtigungen und Verläumdungen, die von einer gewissen Seite her sich unablässig gegen die Studentenschaft erheben, nicht irre machen lassen, sie werden für die glorreichen Errungenschaften, für den auf Volksfreiheit gegründeten konstitutionellen Thron und die ungehemmte Entwickelung der staatlichen Zustände durch die Reichsversammlung, mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft einstehen.

[Tapferkeits-Medaille.] Seine Majestät hat sich bewogen gefunden, nach dem Antrage des Kriegs-Ministerinms zur Belohnung solcher Handlungen des Muthes und der Tapferkeit der Soldaten vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts, denen die Verleihung der mit Löhnungszulagen verbundenen Tapferkeits-Medaillen nicht zugesprochen werden kann, anstatt der bisher üblichen Geldbelohnungen eine silberne Tapferkeits-Medaille 2ter Klasse zu stiften.

Auf der k. k. protestantisch-theologischen Lehranstalt werden die Vorlesungen am 1. November eröffnet werden, welches besonders wegen der beabsichtigten Einverleibung der erwähnten theologischen Akademie in die Wiener Hochschule als zweckmäßig erscheint.

Am 18ten d. M. langten für die Münze 234 Centner Silber an.

* (Kriegsschauplatz.) Die neuesten Nachrichten aus Mailand vom 19. und aus Padua vom 20. August bringen nichts Erhebliches. Feldmarschall-Lieutenant Welden hat mit den päpstlichen Abgeordneten einen Präliminar-Vertrag in Betreff der Legationen abgeschlossen. In Venedig keine Veränderung. In Mailand hat sich der Stand der Dinge nicht verändert. Man glaubt allgemein, daß Carl Albert einen Separatfrieden mit Radetzky abschließen werde. Es herrscht in der ganzen Lombardei die größte Ruhe.

§§ **Pesth**, 21. August. [Niederlage der Ungarn.] Um Mitternacht ist Moritz v. Szentkiralyi, Kapitän der Kumaner und Jaszygier, als Courier vom Kriegsschauplatze angekommen, und brachte die Nachricht, daß die Ungarn, welche die Verschanzungen der Raitzen bei St. Thomas dreimal gestürmt, zurückgeschlagen worden. Viele glauben, daß der ganze Angriff blos ein scheinbarer gewesen, daß das ungarische Ministerium, an der ungarischen Sache verzweifelnd, dieselbe mit offenen Augen verrathen, (?) um den Ungarn die moralische Kraft des Widerstandes gegen die Reaktion zu benehmen, deren Gnade die charakterlosen Minister sich um jeden Preis erkaufen wollen. Die ungarischen Streitkräfte, welche gegen die Raitzen ins Feld geführt worden sind, belaufen sich auf mehr als 120,000 Mann, und doch hat diese enorme Streitkraft bisher nur Schmach und Verluste eingeerntet. Die Anführer und Leiter arbeiten systematisch dahin. Der General Ottinger, ein geborner Ungar, auf welchen die Ungarn alles Vertrauen setzten, hat sich heimlich zum Banus Jellachich nach Warasdin begeben und mit ihm eine verrätherische Verabredung getroffen. Man wird hier von dem Gange der Dinge auf dem Kriegsschauplatze gar nicht mehr überrascht, aber man möchte schon das Ende der Komödie sehen. Man ist begierig zu wissen, wie weit die absolutistische Reaktion zu gehen gedenkt und wie weit das sogenannte Ministerium sich als Werkzeug derselben prostituiren werde. Die Nachrichten von dem Eindringen bewaffneter Haufen aus Serbien haben die Fremden aus der unteren Gegend, welche zu der heute hier beginnenden Messe eingetroffen, so allarmirt, daß sie Alles im Stiche ließen und sofort nach Hause eilten, um wamöglich ihre Familien und Habseligkeiten in Sicherheit zu bringen.

** **Krakau**, 21. August. [Deputationen an den Gouverneur.] Heute hatten eine Deputation der Bürger und eine der Akademiker Audienz bei dem neuen Gouverneur. Die erstere sollte ihm verschiedene Mißbräuche der Beamten vorstellen, worauf, wie wir hören eine zufriedenstellende Antwort erfolgt ist. — Die Deputation der studirenden Jugend übergab eine Adresse, in der folgende Wünsche ausgesprochen werden: 1) Die gegenwärtige Organisation der Universität Krakau steht im vollsten Widerspruch mit dem Geiste der Zeit; da aber die Reorganisation lediglich vom Reichstage abhängt, was sobald nicht eintreten wird, und die Zeit uns kostbar ist, so bitten wir Ew. Excellenz um die einstweilige Herstellung des Statuts vom Jahre 1818 mit den Abänderungen, welche ein 30jähriger Verlauf und die jetzigen Verhältnisse nothwendig machen. 2) Da bei der uns gegebenen Konstitution unsere Nationalität gewährleistet ist, so bitten wir um die Enfernung derjenigen Professoren und Lehrer, die der Landessprache nicht gewachsen sind. 3) Bitten wir Ew. Excellenz, bei der Organisation der Nationalgarde eine besondere akademische Legion nach dem Muster der Wiener einzurichten. — Der Gouverneur antwortete hierauf etwa Folgendes: Er kenne die akademische Jugend, denn er sei aus ihr hervorgegangen, habe auch unter ihr als Studirender und als Lehrer gearbeitet, und darf sich der angenehmen Erinnerung erfreuen, die Liebe und Achtung seiner Kollegen und Zöglinge genossen zu haben. Was die Reorganisation der Universität anbelange, so hänge das vom Reichstage ab, aber er werde sich bemühen, daß das Ministerium das Statut von 1818 in Kraft treten lasse, ehe der Reichstag etwas Bestimmtes feststelle. Ueber den zweiten Punkt möge die Jugend versichert sein, daß sowie alle Aemter nach dem Willen des Ministeriums nur mit Inländern besetzt würden, dasselbe auch bei den Kathedern der Fall sein wird, von denen doch die nationale Bildung ausgehen soll. Was die akademische Legion anbelangt, so werde sie nach Recht und Gebrauch eingeführt werden, damit die Dienstpflichten mit denen des Unterrichts nicht in Kollision gerathen.

Aus Oesterreichisch-Schlesien, 17. Aug. Die ehemals zu dem selbstständigen Herzogthume Teschen in Schlesien gehörigen Fürstenthümer Auschwitz und Zator, zu welchen auch die Städte Biala, Saibusch und Kenti gezählt werden, und die im Wadowicer Kreise in Galizien liegen, kommen zu dem Herzogthume Schlesien zurück. Diese Fürstenthümer, welche so schon zum deutschen Bunde gehören, werden zum Teschener Kreise geschlagen werden. Die Bewohner der genannten Städte sind Deutsche, sie waren stets für Deutschland und deutsches Leben gestimmt.

(D. A. Z.)

Rußland.

** **Kalisch**, 18. Aug. [Schule. — Abzug der Truppen.] Die hiesigen Schulen sind immer noch geschlossen. Eine Deputation von Männern, denen die Erziehung der Jugend am Herzen liegt, begab sich daher nach Warschau, um bei der höheren Behörde die Eröffnung der hiesigen Schulen zu bewerkstelligen, in denen eine bedeutende Anzahl der polnischen Jugend ihren Unterricht erhält. Nach vielen Schwierigkeiten wurde die Deputation von dem Fürsten Paskewitsch mit der Hoffnung entlassen, daß vielleicht in Kurzem ein geeigneter Befehl erlassen werden wird, aber was für einer? das weiß Gott. — Die meisten Truppen haben bereits unsere Gegend verlassen, und nehmen auch die Geschütze mit, welche an der Gränze des Großherzogthums Posen aufgestellt waren. Es blieb nur eine kleine Besatzung zurück.

Frankreich.

Paris, 19. August. [Die Untersuchung.] Der erste Band der Beweisstücke enthält allerdings bei Weitem wichtigere Anschuldigungen und Beweise der Theilnahme Caussidière's und Louis Blanc's an der Bewegung vom 15. Mai, als der Bericht voraussehen ließ. Gegen Ledru Rollin liegen hingegen keine direkten Brweise vor, wiewohl es andererseits keinem Zweifel unterworfen ist, daß er mit in der Verschwörung vom 16. April verflochten war, aber nicht den Muth hatte, darin bis zu Ende zu verharren, und es vorzog, dieselbe „in den Wogen der Nationalgarde zu ertränken." In Beziehung der Juni-Ereignisse liegt gegen kein Mitglied der Kammer ein stichhaltiger Beweis der Theilnahme vor; da aber noch zwei eben so starke Bände mit Belegen zu erwarten sind, so läßt sich noch kein bestimmtes Urtheil über die Angeschuldigten fällen. Die Regierung besorgt in Folge dieses politischen Prozesses Unruhen und organisirt ein förmliches Vertheidigungs-System. Am Palaste Bourbon werden allerlei Verschanzungen angebracht und Vorbereitungen zu Vertheidigungs-Barrikaden getroffen. Gestern Morgen wurden mehrere Wagen mit Pulver und Munition von Vincennes nach Paris geführt und das Lager am Bastilleplatze verstärkt, ebenso die Garnison im Luxembourg und in der Kammer.

[Konspirationen.] Man hat Befürchtungen, daß heute oder morgen die Ruhe gestört wird und außerordentliche Vorsichtsmaßregeln sind ergriffen worden. Zwei Bewegungen sind es, die sich vorbereiten, die eine von der legitimistischen Partei ausgehend, die Heinrich V. einzusetzen hofft, die andere von der 2. Legion der Nationalgarde organisirt, um die gegenwärtige Regierung durch einen Staatsstreich zu stürzen und Lamoriciere und Thiers an die Spitze der Regierung zu bringen, von denen man dann eine Restauration der Familie Orleans hofft. Auch die Bonapartisten haben ihre Hoffnungen nicht aufgegeben und arbeiten im Stillen, während die sozialistische und radikale Partei nur auf den Ausbruch einer dieser Bewegungen wartet, um alsobald aufzutreten. — Während in der Nationalgarde, unter dem Vorwande, die Gesellschaft vor der Anarchie und dem Sozialismus zu schützen, ganz offen konspirirt wird, wird in den Vorstädten für Heinrich V. angeworben. Man verspricht den Leuten, im Falle Heinrich V. wieder König von Frankreich und Navarra würde, allgemeine Amnestie, wirksame Unterstützung der arbeitenden Klassen, Steuerfreiheit für alle Personen, die unter 600 Frs. jährlicher Einkünfte haben, vollständige Auszahlung der Sparkassa-Einlagen und eine Menge anderer schöner Dinge. Visionen frommer Frauen, die Clairvoyans einiger Somnambülen, nepotische Predigten gewisser Abbé's kündigen die nahe bevorstehende Rückkehr des „Retters" von Frankreich an und der Salon, die Sakristei und die Bank-Comtoirs arbeiten zu gleichem Zwecke. Am 25. d. dem St. Ludwigstage soll Heinrich V., der Liberale, der Quasi-Republikaner, der sozialistische König seinen Einzug in seiner guten Stadt Paris halten.

[Tagesbefehl für die Nationalgarde. — Proklamation des Polizei-Präfekten.] General Changarnier hat an alle Offiziere der Nationalgarde einen Tagesbefehl erlassen, worin er ihnen aufträgt, falls eine neue Schlacht in den Straßen von Paris stattfinden sollte, keine Befehle, als von ihm und seinen Generalstabs-Offizieren anzunehmen, selbst den etwaigen Befehlen des Maires und selbst der Volksvertreter nicht zu gehorchen und nie eine Zusammenrottung, selbst wenn sie unbewaffnet wäre, sich näher als 150 Schritte kommen zu lassen. Dieser Tagesbefehl, gestern Abend ausgegeben, trägt nicht wenig dazu bei, die Unruhe der Bevölkeruug zu steigern. — Eine heute angeschlagene Proklamation des Polizei-Präfekten giebt die gewöhnlichen Ausweise über den Zustand von Paris, die sehr befriedigend lauten, warnt aber auch zugleich vor den verwegenen Umtrieben einer Partei, die die sträfliche Hoffnung hege, die Monarchie wieder herzustellen. Zahlreiche Gruppen lesen und kommentiren überall diese Proklamation.

Paris, 20. August. [Herr von Andrian. — Italienisches. — Die Untersuchungs-Aktenstücke. — Marrast.] Herr von Andrian, Gesandter Deutschlands und speciell mit Unterhandlung über die italienischen Vermittelungs-Bedingnngen zwischen England und Frankreich beauftragt, ist, einem Morgenblatt zufolge gestern Abend hier eingetroffen. Auf die Nachricht, daß Venedig den Waffenstillstand zu genehmigen verweigert, und daß sich das sardinische Geschwader, das bisher Triest blokirte und die Zugänge Venedigs schützte, zurückziehen dürfte, hat die Exekutiv-Gewalt der französischen Flotte im Mittelmeer Befehl gegeben, sich vor Venedig und Triest aufzustellen. Heute früh ist der zweite Band der Aktenstücke des Bauchart'schen Untersuchungs-Berichts an die Mitglieder der Nationalversammlung vertheilt worden. Er betrifft die Expedition von Risquons-Tout, die Verhandlungen der provisorischen Regierung, so weit sie dieselbe irgendwie kompromittiren könnten, die Protokolle der Exekutiv-Kommission und die Verhöre der Hauptangeklagten. Jemand, der Zeit und Gelegenheit gehabt, sämmtliche Aktenstücke (drei starke Quartbände) im Manuscript und in den Probebogen zu lesen, soll, über den Eindruck befragt, den dieses Studium auf ihn gemacht habe, geantwortet haben: „In diesen drei Bänden liegt die ganze Geheimgeschichte der neuesten Parteikämpfe Frankreichs. Die rothe Republik (Ultra-Demokraten, Sozialisten und Kommunisten) konspirirt gegen die weiße (moderirte) Republik, und die moderirte Republik konspirirt gegen die rothe. Alle Welt konspirirt!" — Dem Vernehmen nach wird Marrast von Morgen an nur kurze Zeit oder gar nicht präsidiren. Er will sich nämlich ganz der Vollendung seines Berichts über den Verfassungs-Entwurf widmen, zu dem eine große Menge von Zusätzen und Modifikationen vorgeschlagen sind. Indessen sollen ihn seine Freunde beschworen haben, doch jedenfalls die Debatte über den Bauchart'schen Bericht zu lenken, weil Niemand sonst für den Ausbruch einer allgemeinen Rauferei bürgen könne, da die Spannung der Gemüther einen unerhörten Grad erreicht habe. Nach einer Erörterung im Comité für die auswärtigen Angelegenheiten, worin Herr Fabre für ein bewaffnetes und Hr. Drouyn de Lhuys für ein diplomatisches Einschreiten in Italien sprach, siegte die letztere Ansicht mit 20 gegen 12 Stimmen, und Herr de Lhuys wurde zum Berichterstatter ernannt.

[Italienische Angelegenheit.] Der „National" erklärt heute, daß die Besetzung der römischen Legationen fortdauere, daß General Welden von der österreichischen Regierung nicht zurückberufen sei, und daß die französische Regierung noch keine offizielle Anzeige darüber erhalten habe, daß Oesterreich die französisch-englische Vermittelung annehme. **Frankreich aber könne nicht eher die Vermittelung beginnen, als bis die Legationen von den Oesterreichern gänzlich geräumt seien.** Es heißt, daß eine Note in diesem Sinne am 18. d. nach Wien abgegangen ist, worin das französische Kabinet augenblicklich die Räumung der päpstlichen Staaten verlangt, widrigenfalls es sich gezwungen sehen werde, sogleich dem Papste ein französisches Armee-Korps zum Schutze seiner Staaten zu Hülfe zu schicken. **Auch hat die französische Eskadre des Mittelmeeres den Befehl erhalten, sich augenblick-**

lich nach dem adriatischen Meere zu begeben und Venedig zu decken (s. oben).

[Der Insurgenten-Prozeß.] Das Kriegsgericht der ersten Militär-Division hat gestern die Prozedur gegen die Anführer der Insurgenten begonnen. Der erste Angeklagte Victor Testulat, Bindermeister, der die Barrikade von St. Paul kommandirte, wurde mit 6 Stimmen gegen 1 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt; der zweite, Peter Jussian, Gelbgießer, Lieutenant in der 5. Legion der National-Garde, der auf der Barrikade der rue Neuve Chabrol gesehen worden ist, ward zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt.

Italien.

Livorno, 7. August. [Die Erregtheit der Italiener und ihr Haß gegen die Deutschen.] Meine Befürchtungen, daß Italien der Anarchie entgegengehe, fangen schon an sich zu verwirklichen. In Florenz, Livorno, Bologna, Rom, Genua und vielen andern Städten sind Unruhen ausgebrochen. Um die Grenzen gegen einen etwaigen Einfall der Oesterreicher zu schützen, hatte die toskanische Regierung 6 Kanonen aus dem Zeughause von Livorno nehmen lassen. Die Livorneser glaubten aber, die Regierung wolle sich dieser Geschütze gegen die Einwohner von Florenz bedienen, und hielten sie zurück. Gassenjungen zogen sie durch die Straßen und pflanzten sie eine Zeit lang vor dem Palaste des Gouverneurs auf. Die Regierung that nichts, um diese Vorgänge zu verhindern. Die Presse wird täglich zügelloser gegen die deutsche Nation. So sagt der Corriere Livornese in einer seiner letzten Nummern: die Deutschen beklagten sich, daß sie von den Italieenrn Barbaren genannt würden, aber dieser Ausdruck sei noch viel zu mild. Die Italiener haben in ihrer Wuth und ihrem blinden Deutschenhasse allen Sinn für Billigkeit verloren. Unter den am 24. Juli von den Piemontesen gemachten Gefangenen der Brigade Lichtenstein sollen einige Baiern und Würtemberger sein. Hieraus machten sie das größte Verbrechen, den treulosesten Verrath. In ihren Augen ist es ein Neutralitätsbruch und eine gerechte Ursache für die französische Intervention. Um den Enthusiasmus für den „heiligen Krieg" von Neuem zu beleben, haben sich in allen größern Städten politische Zirkel gebildet, deren Aufgabe es ist, Geld und Mannschaften zusammenzubringen. In Livorno sieht man seit einigen Tagen in allen gangbaren Straßen Werber und Werbelisten. Kapuziner und Dominikaner sprechen täglich zwei- bis dreimal zum Volke, um den Kriegseifer derselben zu entflammen. Die Worte: „deutscher Barbar", „nordischer Vandale" rc., fließen sehr häufig von den Lippen dieser Diener Gottes. Gestern hörte ich einen, der sogar auf Pius IX. schimpfte. Er nannte ihn geradezu einen Verräther des Vaterlandes. Ein allgemeines Beifallgeklatsch erfolgte. So wandelbar ist die Volksgunst! (N. K.)

Rom, 8. August. [Erklärung des Ministeriums in Betreff des Feldmarschalls Welden. — Interpellation der Kammer wegen der unkonstitutionellen Entlassung des Ministers Campello. — Volksversammlung.] In der heutigen Sitzung erschienen die sämmtlichen Minister mit Ausnahme des Grafen Campello. Minister Rossi eröffnete zuvörderst der Kammer, daß Se. Heiligkeit ihn beauftragt habe, feierlich und öffentlich zu erklären, daß die Behauptungen und Aussprüche des österr. Generals Welden in seiner Proklamation, welche auf Se. Heiligkeit das Licht werfe, als sei auf seine Veranlassung und mit seinem Vorwissen der Einfall in die päpstlichen Staaten geschehen, bloß freche Erfindungen desselben seien. Er betrachte vielmehr das ganze Unterfangen dieses Generals als einen offenbar feindlichen, gegen ihn und den Staat gerichteten Angriff, dem er sich mit allen Kräften auf jede mögliche Weise entgegensetzen werde. Hierauf befragte einer der Deputirten die anwesenden Minister über die Wahrheit oder Falschheit der gestern Abend verbreiteten Nachricht, daß der Papst den Kriegsminister Campello seiner Stelle entsetzt habe. Auf die bejahende Antwort des genannten Ministers entgegnete der Redner, daß zur Entlassung eines Ministers in einem konstitutionellen Staate es nöthig sei, daß mindestens einer der übrigen verantwortlichen Minister das Entlassungsdekret mitunterzeichnet habe. Da dieß nicht geschehen sei, so trage er darauf an, daß diese Entlassung von Seiten der Kammer als illegal anerkannt werde, um so mehr, als man mit der Thätigkeit, dem Eifer, der Geschicklichkeit und den Leistungen des Herrn Campello von allen Seiten aufs Vollkommenste zufrieden sei*). Auf die Einwendungen, die gegen die Befugniß des Redners hierzu von Seiten des Ministeriums versucht wurden, erklärte die ganze Kammer auf der Stelle diese Interpellation als eine von ihr anerkannte gerechte. Die Minister erklärten ferner auf Befragen, warum sie selbst bei diesem ungesetzlichen Akte nicht ihre Demission eingereicht: sie seien bloß aus dem Grunde in ihrer Stelle geblieben, um das Vaterland nicht abermals ohne Regierung zu lassen und der Anarchie preis zu geben. Sterbini führte später noch an, daß die Absendung von Campello's Proklam (welches in Rom an allen Straßenecken zu lesen ist) in die Provinzen von andrer Seite geflissentlich verhindert und insgeheim verboten worden sei. — Heute Abend gegen 6 Uhr ist auf Piazza Colonna eine Volksversammlung zusammenberufen, welche alsdann einen Zug nach dem Hotel des französischen Gesandten unternehmen wird, wo diesem die Wünsche der Nation um Einschreitung und Hülfe Frankreichs vorgetragen werden sollen. (N. K.)

*) Die Entlassung Campello's scheint die Folge eines Aufrufs gewesen zu sein, den er an das Militär und die Bürger ergehen ließ, worin er den Einmarsch der Oesterreicher in die Legationen anzeigt, und die ganze Nation zur Abwehr „im Namen Sr. Heiligkeit" unter die Waffen rief.

Neapel, 8. August. [Nachrichten über Sicilien.] Von Sizilien vernimmt man, daß man dort einzulenken gesonnen sei; in Palermo rüstete man sich jedoch zur Vertheidigung. Räuberei, Unordnung, Schmuggel im Großen scheint daselbst an der Tagesordnung. Mehr als in Palermo scheint man aber in Messina einen Angriff zu befürchten. In den Besitzungen des Festlandes befestigt sich immer mehr Ordnung und Ruhe. Die Armee ist mehr als je für den König. (Schw. M.)

Großbritannien.

London, 18. Aug. Graf Ludolf, neapolitanischer Gesandter in Rom, befindet sich mit einer Spezial-Mission seines Hofes betraut, seit einigen Tagen hier und wurde gestern durch den Fürsten von Castelcicala, den Gesandten Neapels, Lord Palmerston vorgestellt. — Den Schluß der gestrigen Unterhaus-Sitzung bildete eine Debatte über die zweite Lesung der Bill zur Anknüpfung diplomatischer Verbindungen mit dem päpstlichen Stuhle. Lord Palmerston beantragte dieselbe und führte zur Motivirung hauptsächlich kommerzielle Gründe an, welche es für England wünschenswerth machen, in Beziehung zu dem römischen Hofe zu treten. Die konstitutionellen Einsprüche von Seiten der hochkirchlichen Partei berührte der Minister nur obenhin, weil sie nicht haltbar wären und England nach ihnen eben so gut mit einer muhamedanischen Macht nicht in Verbindung treten dürfe, aus Furcht, sein Souverain könne muhamedanisch werden. Herr Anstey beantragte die Verwerfung der Bill, und Herr Urquhart unterstützte den Antrag, doch wurde derselbe nach längerer Diskussion mit 125 gegen 46 Stimmen verworfen und die Bill zum zweitenmal verlesen. — In Birmingham sind zahlreiche Verhaftungen unter den dortigen Chartisten vorgenommen worden.

Aus Irland hört man nichts Beruhigendes; obgleich O'Brien und Meagher jetzt unschädlich gemacht sind und im Kerker sitzen und dadurch die Rebellion ihrer Hauptführer beraubt ist, kann man nicht sagen, daß die Stimmung des Volkes eine günstigere geworden. Nur Furcht und Gewalt hält es in den Schranken zurück. Man kann wohl sagen, daß die Unzufriedenheit solche Wurzeln im Lande geschlagen, daß Irland für den Fall eines Krieges für England sehr gefährlich werden muß. In der Gegend von Abbeyfeale treibt O'Gorman, der 7—800 Mann zusammen hat, noch sein Unwesen. Er griff die Truppenvorräthe an, und seine Bande drang in die Dörfer ein, um Waffen und Lebensmittel zu erhalten. Ein Haufen bewaffneter Insurgenten griff das Dorf Castletown an und wollte ein Haus stürmen, worin sich die Beamten verschanzt hatten. Sie gaben Feuer und drei Personen fanden ihren Tod dabei. Indessen muß man anerkennen, daß sie kein Eigenthum angreifen. Bekanntlich raubten sie kürzlich das Postfelleisen, sandten aber alle Privatbriefe zurück, nur die Regierungs-Depeschen zurückhaltend. Bei den getroffenen Maßregeln können sich die Insurgenten nicht lange mehr halten.

[Die Erndte-Berichte] aus Irland lauten sehr ungünstig. Es scheint immer gewisser, daß die Kartoffel-Ernde fast ganz mißrathen und die Korn-Erndte, mit Ausnahme des Hafers, der aber weit sparsamer gebaut wurde, als gewöhnlich, bedeutend hinter einer Durchschnitts-Ernte zurückbleiben wird. Dies gilt besonders von Weizen, dessen Güte und Ergiebigkeit gleich viel zu wünschen übrig läßt. Rüben sind durchgängig sehr gut gerathen; es wurden aber viel zu wenig Felder damit bebaut.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 24. August. Am 22. d. M. wurde in der Nähe der Dombrücke der Leichnam eines Knaben in der Oder schwimmend bemerkt und in demselben der 10jährige Sohn des Tagearbeiters Franz auf der Ufergasse wieder erkannt. Der Verunglückte war bereits seit dem 19. d. M. verschwunden: er wurde in das Todtenhaus auf dem Binzenzkirchhofe gebracht. Die Art, wie der Knabe verunglückt, hat bis jetzt nicht ermittelt werden können. — Am 22. d. M., Mittags zwischen 12 und 1 Uhr, brach in einem zur Besitzung des Erbsaß Beil auf der Michaelisstraße Nr. 2 gehörigen Schweinstalle, und zwar auf dem kleinen Dachboden desselben Feuer aus. Der in der Nähe befindliche Erbsaß Beil bemerkte das Feuer bald und löschte es mit Hülfe seiner Nachbarsleute, ohne daß Feuerlärm entstand. Auf der Stelle des Bodens, wo das Feuer ausbrach, waren Mohnkäpfe zum Trocknen so wie Mohnschalen aufgeschichtet. Das Feuer hatte mehrere Schindeln verzehrt, auch war das Dachgespärre, die Bretter des Bodens und ein Querbalken zum größten Theile verkohlt. Bei dem starken Winde und der Nähe mehrerer mit Schindeln eingedeckter Bindwerksgebäude hätte das Feuer sehr leicht für die Bewohner der Michaelisstraße gefährlich werden können. Dasselbe ist wahrscheinlich von boshafter Hand angelegt.

* **Breslau**, 24. August. [Handelskammer.] In der gestern stattgehabten Sitzung wurde zunächst die vom Syndikus der Handelskammer entworfene Vorstellung auf den ministeriellen Bescheid, welcher die Bestätigung des Statuts der Handelskammer verweigert, berathen und angenommen. — Indem man ferner der Ansicht der zur Prüfung der allgemeinen deutschen Wechsel-Ordnung ernannten Kommission lediglich beitrat, wurde beschlossen, die Begutachtung dieses Gesetz-Entwurfes fallen zu lassen, vielmehr sich an die National-Versammlung zu Frankfurt mit dem Antrage zu wenden, selbigen ohne vorgängige Berathung durch die Kammern der einzelnen Staaten zum Gesetze für ganz Deutschland zu erheben. — Auf die Denkschrift der Handelskammer, betreffend die Aufhebung resp. Ermäßigung von Durchgangs- und Ausgangs-Zöllen, hatte der Herr Minister geantwortet: „daß die Frage wegen Behandlung der Waaren-Durchfuhr aus dem Gesichtspunkte der allgemeinen deutschen Handelspolitik in Frankfurt zur Berathung kommen werde, und derselben durch einseitige Aufhebung von Durchfuhrzöllen nicht vorgegriffen werden dürfe; daß zwischen den Zollvereinsstaaten Unterhandlungen statthätten, um vom 1. Januar k. J. ab die Eingangsabgaben von Roggen, Gerste und Hafer auf 6 Pf., von Weizen und sonstigen Cerealien auf 2 Sgr. pro Scheffel herabzusetzen; daß in Betreff des Antrages auf Aufhebung der Ausgangsabgaben von Farbehölzern weitere Mittheilungen vorbehalten blieben; daß die Handelskammer sich äußern möge, welche Abänderungen ihr in den im ersten Abschnitte der dritten Abtheilung des Zolltarifs enthaltenen Zollsätzen erwünscht sein würden." — Zur Erledigung dieser Angelegenheit wurde eine Kommission ernannt. — Einer zweiten Kommission wurde aufgetragen, die Anträge der hiesigen Handlungsgehülfen der Berathung zu unterziehen. — Die vom Sekretariate vorgelegte Denkschrift, betreffend den Anschluß österreichischer Staatsgebiete an einen deutschen Zollverein, wird genehmigt. — Auch dem Entwurfe des Statuts für den Verein der hiesigen Haushälter wird die Genehmigung und zwar um so lieber ertheilt, als die Handelskammer dem Vereine wegen seiner löblichen Tendenz möglichstes Gedeihen und allseitige Unterstützung wünscht. Die Handelskammer erwählt auch einen Kommissarius zur Leitung der bevorstehenden General-Versammlung des Vereins.

* **Schweidnitz**, 24. August. [Mißtrauens-Adresse an den Abgeordneten Hepche. — Die Deputirten der National-Versammlung in der Sitzung der Stadtverordneten.] Da bei den Beschlüssen der preußischen Nationalversammlung neben der speziellen Genugthuung, die der Bürgerschaft der Stadt Schweidnitz gewährt werden sollte, die Tendenz ersichtlich war, die Wiederkehr ähnlicher Ereignisse unmöglich zu machen, so ist der größere Theil der Bevölkerung hiesiger Stadt gegen den Abgeordneten Hepche übel gestimmt, daß er nicht blos gegen den Schulze'schen (Wanzleben) Antrag gestimmt, sondern mit der Minorität seine Verwahrung eingelegt hat. Der hiesige demokratisch-konstitutionelle Verein hat in einer besondern Adresse ihm diese Mißstimmung bezeigt. Der letzte Theil derselben lautet: „Wir erblicken in dem Schulze'schen (Wanzleben) Antrage eine Anbahnung zur ernsten Bekämpfung der Reaktion und einen Schritt zur Verbrüderung des Militärs und des Bürgerstandes und finden es unbegreiflich, wie Sie sich auf die Seite der Minorität stellen konnten, da die Verhältnisse Sie belehren mußten, daß die Ereignisse in Schweidnitz durch ein unvolksthümliches Element im Militärstande hervorgerufen worden sind, daß wir mehr im Offizierstande als im gemeinen Soldaten zu suchen gerechten Grund haben. Sie spreizen sich mit einer Verwahrung der politischen Gewissensfreiheit, die durch ein solches inquisitorisches Verfahren bedroht würde und erkennen ganz, bei einer Inquisition da nicht zu suchen sei, wo es dem Offizier zur Ehrensache gemacht wird, freiwillig dann auszuscheiden, wenn er der neuen Ordnung der Dinge, der sich jeder wahre Vaterlandsfreund im In-

teresse seiner Mitbürger hingeben muß, nicht nützen kann. Durch eine solche Erfahrung betrübt, fühlt sich der unterzeichnete Verein veranlaßt, Ihnen zu bekennen, daß Sie das wahre Interesse der Bewohner hiesiger Stadt im vorliegenden Falle nicht vertreten haben. Wir sind weit davon entfernt, Ihre politischen Ansichten bestimmen zu wollen, oder mit Ihnen zu rechten, welcher Partei Sie sich in der Nationalversammlung zuneigen, wir wollen Ihre persönliche Ueberzeugung nicht beschränken; aber das mußten und durften wir verlangen, Sie würden in der Schweidnitzer Angelegenheit den Standpunkt nicht verkennen, den Sie als unser Vertreter einnehmen mußten." Auch der demokratische Verein hat dem Abgeordneten Hepche eine Mißtrauensadresse zugesandt und beabsichtigt, denselben zur Niederlegung seines Mandats zu bewegen. — Am 22. d. M. fand Nachmittags 3 Uhr eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten statt. Der Vorsteher Sommerbrodt führte in dieselbe zugleich die anwesenden Deputirten der Nationalversammlung ein und begrüßte Sie mit einer Rede, in der er die Wichtigkeit ihrer Sendung hervorhob und der Hoffnung Raum gab, daß durch sie Aufklärung, Licht und Wahrheit gefördert werden würden. Daran knüpfte Schulz (Delitzsch) seinen Vortrag, indem er zunächst bemerkte, daß er speziell in die Erörterung des ganzen Ereignisses, weßhalb sie zu uns gesendet worden seien, nicht eingehen könne; denn den ersten Bericht des Resultats ihrer Sendung seien sie der Nationalversammlung, die sie deputirt habe, schuldig. Der Redner berührte daher aber mit Worten,] die in Aller Herzen einen freudigen Anklang hervorriefen, die Stellung, welche die National-Versammlung gegenüber einem solchen Ereignisse eingenommen und die Bedeutung, die es ihm beigelegt habe. Es sei das erste Mal, daß die Nationalversammlung selbst Abgeordnete gesendet, um sich über ein Ereigniß zu instruiren, dessen Entstehen noch auf einen wunden Fleck unserer Zustände hindeutet, die schweidnitzer Angelegenheit sei daher eine Sache, die wohl das Interesse des gesammten Staates, ja des ganzen deutschen Landes auf sich ziehe. Der Redner wies darauf hin, daß der Zweck ihrer Reise nicht bloß gewesen, das Faktum insbesondere in seinen Einzelnheiten festzustellen, sondern sich auch über den Geist und den Charakter der Bewohnerschaft zu orientiren, und er gab zu verstehen, welche freudige Wahrnehmung sie bei dieser Gelegenheit gemacht hätten. Der Abgeordnete Schornbaum ergriff hierauf das Wort und suchte das Vertrauen durch die Hinweisung auf eine genaue Untersuchung und eine gerechte Prüfung, die man von der Unparteilichkeit des preußischen Richterstandes zu erwarten habe, zu beleben. Der Rathsherr Scheder sprach dann einige Worte des Dankes für die Theilnahme, welche die Nationalversammlung der Stadt Schweidnitz geschenkt, und die Bemühungen der drei Deputirten Schulz, Schornbaum und Peters im Interesse der Stadt. Die Wichtigkeit des Gegenstandes bestimmte hierauf den Vorsteher, die Aufmerksamkeit nicht mehr auf andere Gegenstände abzuleiten, und er hob somit die öffentliche Sitzung auf.

Liegnitz, 19. August. [Versammlung der Brennereibesitzer.] Heute versammelten sich am hiesigen Platze eine Anzahl größerer und kleineren Brennereibesitzer aus dem hiesigen Kreise, um wegen der bevorstehenden Steuer-Erhöhung eine Beschwerdeschrift an die Nationalversammlung zu richten. — Als Hauptmotive dieses Protestes heben wir aus dem Inhalt hervor, daß die Behauptung aufgestellt wurde, wie durch die Erhöhung der Steuer die Produktion sich verringern, und daher sich auch keine Mehrheit herausstellen werde, was ein aufgestelltes Zahlenverhältniß auch ersichtlich machte, und daß endlich viele Brennereibesitzer sich genöthigt sehen werden, den Betrieb einzustellen, wodurch sie nicht nur ungemein benachtheiligt, sondern totaliter ruinirt würden. — Wie wesentlich nützlich dieser Industriezweig für die Landwirthschaft, und namentlich auf die Kultur des Bodens und Viehzucht von großem Einfluß ist, wurde noch speziell erwähnt.

---

* **Liegnitz**, 23. August. [Vereine. — Truppen.] Am verflossenen Sonntage, den 20. d. M. hat der sich jüngst konstituirte Verein für konstitutionelles Königthum seine erste Sitzung im Ressourcen-Lokale hierselbst gehabt und in derselben zugleich die Vorstandswahl vollzogen. — Der demokratische Verein hat wegen des starken Zuwachses der Mitgliederzahl sein Sitzungs-Lokal aus dem Badehause nach dem deutschen Kaiser verlegen müssen. Gestern fand die erste Versammlung daselbst statt. — Am verflossenen Sonnabende, den 19. d. M. kehrte der Rest, 400 Mann, unsers Landwehr-Bataillons aus dem Posenschen hierher zurück. Die Bürgerwehr, das Schützenkorps, die 2 Compagnien des 2. Bataillons 6. Infanterie-Regiments, welche hier zurückgeblieben und die 50 Landwehr-Ulanen holten die heimkehrenden feierlichst mit Musik ein. Die Landwehr ist bis auf 100 Mann entlassen worden. — Bald hätte ich vergessen Ihnen mitzutheilen, daß sich hieselbst auch ein „katholischer Zweigverein" für Realisirung der Prinzipien des Breslauer katholischen Central-Vereins gebildet hat. Derselbe hat unserm Abgeordneten bei der Reichsversammlung zu Frankfurt, Herrn Professor Meyer, ein Mißtrauensvotum zukommen lassen, weil derselbe zu einzelnen Paragraphen des Verfassungs-Entwurfes für das deutsche Grundrecht Verbesserungsvorschläge gemacht hat, welche die Katholiken in ihrem religiösen Bewußtsein verletzen sollen. Man hat die Adresse im Namen der 5000 katholischen Urwähler des Liegnitzer Wahlbezirkes nach Frankfurt an die National-Versammlung geschickt, obschon wir glauben, daß ein großer Theil der 5000 seine namentliche Unterschrift nicht gegeben haben würde, wenn er dazu aufgefordert worden wäre.

---

* **Glogau**, 23. Aug. [Politische Zustände.] Es ist äußerst interessant, jetzt das Reden und Treiben der verschiedenen politischen Parteien zu beobachten. Reaktionäre haben wir hierorts nicht, wenn man annimmt, daß jetzt Jeder den Muth und innern Drang hat, seine wahre Meinung auszusprechen und zu vertreten. Selbst diejenigen, welche noch vor sechs Monaten das kalte Fieber bekamen, wenn sie das Wort „Konstitution" auch nur nennen hörten, sind jetzt ganz zufrieden mit einer „vereinbarten Verfassung." Eine andere Partei überläßt scheinbar mit gefalteten Händen dem Herrn der Welten die Lenkung dieser Angelegenheiten, legt aber nur gar zu gern unbemerkt mit Hand ans Werk, gelte es auch nur der Sammlung von Unterschriften zu einer Adresse oder der Stiftung eines Preußenvereins u. s. w. — Eine andere sehr zahlreiche Gesellschaft ist jetzt ganz unmuthig. Sie erwartete, daß die von uns oder andern Kreisen gewählten Glogauer Abgeordneten in Berlin und Frankfurt recht lange und schöne Reden halten, daß sie dadurch unsere Stadt berühmt machen, recht bald eine Verfassung zu Stande bringen und dann nach Hause kommen würden. Nach ihrer Ansicht hätte dieß Alles in vier Wochen vollbracht sein können. Da nun aber diese ihre Erwartungen nicht in Erfüllung gehen, so glauben sie, „aus der ganzen Geschichte wird nichts werden." Daß es einem Abgeordneten höher anzuschlagen ist, wenn er schweigt, als wenn er drei- und mehrmal Gesagtes mit andern Worten wiederholt; daß einzelne Glieder sich unmöglich ganz wohl befinden können, wenn der ganze Leib krank ist; daß ein 30jähriges Uebel nicht in wenigen Wochen gründlich beseitigt werden kann; daß die beste Verfassung ohne organische Gesetze nichts ist, als ein Gastwirth, der seinen 16 Millionen hungernder Gäste sagt, welche Speisen eben in der Küche zubereitet werden, ohne daß auch nur mit einer Suppe der Anfang zum Speisen gemacht würde; daß endlich ein totaler Rückschritt jetzt unmöglich ist, daran denken, das begreifen diese Leute nicht. — Die „politischen Freigeister" oder die „demokratischen Lichtfreunde" endlich finden wir als thätige Mitglieder in unserm volksthümlich konstitutionellen Verein. Daß dieser Verein seine Sitzungen öffentlich hält, daß er gewisse, hie und da mißliebig gewordene Personen nicht exkludirt, daß er erkannte Wahrheiten ohne Ansehen der Person auch ausspricht, wird ihm von einzelnen „klugen und weisen" Personen verschiedener Stände gewaltig übel genommen. — Gern hätte sich dieser Verein einem Centralverein angeschlossen, er hatte nach verschiedenen Richtungen hin Deputirte geschickt, aber da er für die deutsche Centralgewalt die republikanische, für die einzelnen Länder die konstitutionell-monarchische Regierungsform wünschte, konnte er sich unbedingt weder den demokratischen noch den konstitutionellen Vereinen, die in Breslau und Berlin ihre Kongresse hielten, anschließen. Gegenwärtig korrespondirt er mit einzelnen ihm befreundeten Vereinen. Das Prädikat „volksthümlich" sucht er sich besonders durch Abhaltung von Volksversammlungen zu verdienen, und gerade in diesem Punkte verdient er besonderer Beachtung. In verschiedenen Orten des Kreises, in Quaritz, Kuttlau, Glogau, Priedemost, aber auch auswärts, in Köben, Raudten und im Guhrauer Kreise hat derselbe schon dergleichen Versammlungen abgehalten und sind dieselben stets von mehreren hundert, einzelne von mehr als tausend Zuhörern besucht gewesen. Gewiß ist der Nutzen, den diese Aufopferung der Betreffenden gestiftet hat, nicht gering gewesen. Möchte die betreffende Kommission sich durch einzelne schiefe Urtheile oder unangenehme Erfahrungen nicht von dem betretenen Wege abbringen lassen.

— † **(Aus der Provinz.)** Am 20. August Nachmittags $2\frac{1}{2}$ Uhr brach in Hermannsdorf, Kreis Breslau, Feuer aus, welches 4 Gehöfte incl. die Erbscholtisei, die Pfarrwiedmuth, 3 Freistellen, die Schmiedewerkstatt und die Scheune eines Böttchers in Asche legte. Die Entstehungsursache hat nicht mit Bestimmtheit ermittelt werden können, jedoch liegt eine böswillige Brandstiftung nicht zum Grunde, vielmehr kann bereits mit Gewißheit angenommen werden, daß dasselbe in Folge von Unachtsamkeit entstanden ist. — Am 20. August, Mittags 1 Uhr, brach bei einem Freigärtner in Ruppersdorf, Kreis Strehlen, Feuer aus, wodurch und in Folge des starken Windes, der sich beim Entstehen des Feuers erhob, das herrschaftliche Schloß, die Pastorwohnung, 5 Bauern- u. 11 Freigärtnerhäuser nebst sämmtlichen Wirthschaftsgebäuden, ein Auenhaus und das Gemeinde-Spritzenhaus ein Raub der Flammen wurden. Menschen und Vieh sind dabei nicht verunglückt, auch ist die Entstehungsart bis jetzt noch nicht ermittelt, da weder eine Spur von Vernachläßigung, noch irgend einer andern Art vorliegt. — In der Nacht vom 20. zum 21. August entstand in einem Bauergute zu Ober-Falkenhain, im Kreise Schönau, Feuer, welches sich so schnell verbreitete, daß dasselbe sich bis Nieder-Falkenhain erstreckte und nachstehende Domicile ein Raub der Flammen wurden. In der Gemeinde Ober Falkenhain: das Dominium, bestehend aus einem Schlosse und 11 Wirthschafsgebäuden incl. Brau- und Brennerei, die katholische Kirche mit Thurm, die katholische Schul- und Kantor-Wohnung, der Gerichtskretscham, 2 Bauergehöfte, 3 Gärtner- und 20 Häuslerstellen. In der Gemeinde Nieder-Falkenhain: 3 Bauergüter, 1 Schankstätte, 3 Gärtner- und 3 Häuslerstellen. Die sämmtliche diesjährige Ernte, so wie vorjährige bedeutende Getreide-Bestände sind mit verbrannt. — Sämmtliche Abgebrannte, so wie Kirche und Schule, außer dem Dominium, befinden sich in der Provinzial-Feuer-Sozietät versichert und beläuft sich die Versicherungs-Summe auf 13,120 Rtl. Unglücksfälle an Menschen oder Vieh sind nicht vorgekommen, auch ist die Entstehungsursache noch nicht bekannt, da die hierüber unternommenen Ermittelungen kein Resultat ergeben haben.

Brieg, 22. August. [Communal- und Lehrer-Angelegenheit.] Beim Städte-Tage in Neisse am 20. d. M. waren ohngefähr 50 Deputirte versammelt. Von der Mehrheit wurde der Entwurf der Gemeinde-Ordnung, wie er neuerdings vom Gouvernement ausgegangen, mit einzelnen Abänderungen annehmbar gefunden, und der Antrag von Brieg, die Städte-Ordnung von 1808 zum Anhalt zu nehmen, fand zwar Beifall, wurde aber nicht ausgeführt. Die echt demokratische Richtung schien etwa nur von 3—4 Stimmen vertreten. Die Verhandlungen sollen zur Begutachtung an die vertretenen Kommunen gelangen und darnach von einem Ausschusse die Anfertigung einer Adresse an die National-Versammlung erfolgen. — Am 19. August haben mehrere Lehrer Briegs einen freien Lehrerverein gegründet, ihre Versammlungen alle 14 Tage abzuhalten beschlossen und bestimmt, daß sie jeden Kollegen gern als Mitglied aufnehmen werden, der ihrem Verein sich anschließen will. (Samml.)

Inserate.

Königschießen.

Das diesjährige Königschießen wird von Sonntag den 27 August 3 Uhr bis Donnerstag den 31. August 12 Uhr abgehalten, Donnerstag 2 Uhr findet ein Mittagsmahl im Schießwerder statt und Sonntag den 3. September Abends nach Vertheilung der Prämien wird der Schützenkonig mit den beiden Rittern eingeführt.

Die Einlage beträgt 11 Sgr., die Prämie des Königs 72 Rthlr. und eine goldene Medaille. König und Ritter kann jeder hiesige Bürger und jeder hiesige Wehrmann werden.

Geschossen wird mit gezogenen Büchsen, deren Lauf nur 33 Zoll lang sein darf und mit anderem Gewehr ohne Rücksicht auf die Länge des Laufs auf den langen Stand, mit Auflage aber ohne Gucker, Blende, Auszug oder Stemmstock.

Die weiteren Bedingungen des Schießens hängen im Schießstande aus.

Das Couvert für das Mittagsmahl kostet 15 Sgr., die Billets sind gegen Entrichtung des Betrages bei dem Restaurateur im Schießwerder und bei der Rathhaus-Inspection bis Dienstag den 29. August d. zu entnehmen.

Hiesige und auswärtige Freunde des Schießens werden zu zahlreicher Theilnahme eingeladen.

Breslau, den 21. August 1848.

Die Schießwerder-Deputation.

Zweite Beilage zu № 198 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 25. August 1848.

Aus der Laubaner Gegend ist am 22. August d. J. nachstehende, die Trennung der Schule von der Kirche betreffende Adresse an die hohe Nationalversammlung in Berlin gerichtet worden:

Hohe Nationalversammlung! Getragen von der Ueberzeugung, daß, wie auch das äußere Verhältniß der Volksschule zur Kirche sich gestalten möge, ihre innere, in der christlichen Religion begründete Verbindung niemals aufgehoben werden könne, erregen die dermaligen auf Trennung beider gerichteten Bestrebungen nur insofern unser Bedenken, als wir in ihnen das richtige Verständniß und die volle Würdigung ihrer Zusammengehörigkeit vermissen und eine Leidenschaftlichkeit wahrnehmen, von deren heftigem Andrange einseitige, übereilte, mit den lebendigen Wirklichkeiten in Widerspruch gerathende und in ihren Folgen für Schule, Kirche und Staat nichts weniger als heilsame Beschlüsse zu besorgen sind. Wenn wir uns nun auch dem Vertrauen hingeben wollen, daß eine hohe Nationalversammlung dieses Verhältniß in seiner ganzen Bedeutung und Verzweigung zu erfassen und sich vor jedem dasselbe mit Zerreißung bedrohenden Machtspruche dem noch christlichen Volke gegenüber zu behüten wissen werde, so finden wir uns doch in unserem Gewissen gedrungen, gegen die Unmöglichkeit einer solchen Zerreißung unsre Stimme zu erheben. Dies glauben wir in der geeignetsten Weise dadurch zu thun, daß wir bei bei einer hohen Nationalversammlung ergebenst beantragen:

> den § 24 des Verfassungsentwurfs, und insbesondere den darin enthaltenen Grundsatz: die öffentlichen Volksschulen sind von jeder kirchlichen Aufsicht frei, als offene Frage der künftigen gesetzgebenden Versammlung zu überlassen und zugleich anzuerkennen, daß vor aller Entscheidung darüber auch die evangelische Kirche auf einer sie nach ihren wesentlichen Organen vollständig repräsentirenden Synode gehört werden müsse.

Zur Begründung dieses unseres Antrages beziehen wir uns zunächst auf § 18, 22, 23 des Verfassungsentwurfs und behaupten: daß die Bestimmung des Verhältnisses der Volksschule zur Kirche zu den inneren Angelegenheiten der letzteren gehöre; daß die evangelische Volksschule von der Kirche aus bereits längst gegründet und bisher gepflegt worden sei; daß keine evangelische, eine eigene Schule besitzende und unterhaltende Gemeinde zugeben wollen wird, daß deren confessioneller Charakter von außen her vertilgt werde, und die Verfassung mit sich selbst in Widerspruch sein würde, wenn die in den gedachten drei §§ und in § 24 aufgestellten Grundsätze sämmtlich angenommen werden sollten. Sodann aber berufen wir uns, mit Uebergehung aller untergeordneten Motive, auf den geschichtlichen und organischen Zusammenhang der evangelischen Volksschule mit der Kirche. Die Reformatoren sind ebensowohl die Väter unserer Schule, als sie die unserer Kirche sind; beide werden seit den Zeiten ihrer Stiftung durch starke geistige und materielle Bande zusammengehalten und in ihrer Beziehung auf den Staat, d. h. auf die gesetzlich organisirte Gesammtheit des Volks, dienen sie gemeinschaftlich dem großen und guten Zwecke, mittelst der ewigen Grundgedanken des Evangeliums jenen religiös sittlichen Geist zu bilden, welcher die Gotteskraft in sich trägt, auch zu allen echten Bürgertugenden zu beseelen.

Mögen diese Gründe vor dem Urtheile einer hohen Nationalversammlung genugsam ins Gewicht fallen, um unserem Antrage zu der Geltung zu verhelfen, welche er nach unserer Einsicht und Ueberzeugung verdient.

Die Pastoren Carstädt in Schönbrunn, Gamper in Marklissa, Sup. Gericke in Hochkirch im Namen ihrer Amtsbrüder: Sup. Dehmel in Friedersdorf a. Q. Güntzel in Flinsberg. Sup. Börner in Nieder-Wiesa. Jüngling in Lauban. Leuschner in Thiemendorf. Küchenmeister in Gruna. Richter in Langenöls. Krüger in Welkersdorf. Sup. Franz in Schwerta. Schmidt in Lauban. Brückner in Seiffersdorff. Kretzschmer in Rothwasser. Friderici in Rengersdorf. Hollstein in Meffersdorf. Neugebauer in Schosdorf. Winter in N.-Wiesa. Hirche in Troitschendorf. Haase in Haugsdorf. Pudor in Wingendorf. Walter in Goldentraum. Hoffmann in Schreibersdorf. Boche in Steinkirch. Franz in Geibsdorf.

Aufruf.

In der Sitzung der preussischen National-Versammlung vom 15ten d. M. hat das Ministerium den Entwurf zu einer neuen Gemeinde-Ordnung vorgelegt. In derselben Sitzung haben auch die Abgeordneten der linken Seite der National-Versammlung einen von ihnen ausgearbeiteten Entwurf zu einer neuen Gemeinde-, Kreis- und Bezirks-Ordnung übergeben. Es wird also noch die gegenwärtige National-Versammlung die neue Gemeinde-Ordnung im Verein mit der Krone feststellen.

Mitbürger!

Außer der Verfassung selbst giebt es kein Gesetz, welches für die wirklich freie, glückliche und dauernde Gestaltung unseres neuen Staates wichtiger wäre, als die neue Gemeinde-Ordnung. Beruht aber die wahre Freiheit eines Staates auf der Kenntniß, der Liebe und der Achtung der Staatsbürger für die von ihnen selbstgeschaffenen und selbstthätig anzuwendenden Gesetze und Institutionen, so muß gerade die Gemeinde-Ordnung, von ihrem Entstehen an, von jedem Staatsbürger durch und durch erfaßt und erkannt werden, so müssen ferner hauptsächlich bei Berathung der Gemeinde-Ordnung die selbstständig und ohne Einfluß von Behörden geäußerten Bedürfnisse, Wünsche und Ansichten der Staatsbürger auf gesetzmäßigem Wege zur größtmöglichsten Berücksichtigung und Geltung gebracht werden. — Vereinzelte Petitionen verschwinden aber in der Masse des der National-Versammlung schon vorliegenden Materials. — In Erwägung dessen und zur Erreichung der oben angedeuteten beiden Zwecke fordert daher der unterzeichnete Verein, lediglich durch die hohe Wichtigkeit des Gegenstandes veranlaßt, alle Vereine, alle Staatsbürger der Stadt- und Landgemeinden in den Kreisen von Glogau, Freistadt, Guhrau, Steinau, Lüben, Sprottau, Fraustadt, Sagan und Bunzlau auf:

1) in ihren Kreisen baldmöglichst die beiden erschienenen Gesetz-Entwürfe gründlich zu erörtern und zu berathen;
2) sodann zu einer **auf den 10. September, Vormittags 10 Uhr, im Schauspielhause hierselbst** anberaumten Versammlung Deputirte zu senden, damit durch eine von dieser Versammlung zu beschließenden Petition die Wünsche der Staatsbürger in den genannten Kreisen zur Kenntniß der National-Versammlung gebracht werden.

Um eine parteilose und gründliche Erörterung der beiden vorliegenden Entwürfe zu erleichtern, hat auf Veranlassung des unterzeichneten Vereines die Flemmingsche Buchhandlung hierselbst einen Abdruck beider Entwürfe neben einander veranstaltet, welcher Abdruck vom 29. August an in derselben zu $1\frac{1}{2}$ Sgr. zu haben sein wird. Weitere Mittheilungen hinsichtlich der Versammlung werden vorbehalten.

Glogau, den 20. August 1848.

Das Comité des deutsch-volksthümlich-konstitutionellen Vereins.

von Forckenbeck II. Mattersdorf. Haack. Spitzer. Ansorge. Jockisch. Raschkow. Steinmetz. Brethschneider. Klein. Windwart. Kleesattel. von Pförtner. von Gisycky. Prescher.

Dringende Bitte an edle Menschenfreunde!

Mag auch in den gegenwärtigen drückenden Zeitverhältnissen so oft die Wohlthätigkeit edler Menschenfreunde in Anspruch genommen werden — dennoch ist die Bereitwilligkeit zu helfen noch nicht erschöpft, und der fromme Eifer, Thränen der Unglücklichen zu trocknen, noch nicht erloschen. Belebt durch dieses Vertrauen, wagen denn auch die Unterzeichneten die dringendste Bitte um schleunige Abhülfe entsetzlicher Noth. Eine Schreckensnacht war für unsern Ort Falkenhain die Nacht vom 20. zum 21. August. Nachdem nach 11 Uhr der Feuerruf schauerlich ertönt war, wütheten die ungezähmten Flammen bei starkem Sturmwinde von Wohnung zu Wohnung mit furchtbarem Gebrüll und Geprassel. In ihnen verhallte der Angst- und Wehruf der Unglücklichen, die kaum Zeit hatten, ihre Kinder und das eigene Leben zu retten. Binnen wenigen Stunden waren 41 Besitzungen, nämlich 5 Bauergüter mit Scheuern und Stallungen, 1 Kretschmernahrung, 1 Bäckerhaus, 9 Gärtnerstellen, 22 Häuser, 1 einzelne Scheuer, das herrschaftliche Schloß in Mittelfalkenhain, sammt 10 Wirthschaftsgebäuden und Brauerei, die katholische Kirche und Schule niedergebrannt. Mehr als 55 Familien weinen auf dem Aschenhaufen ihrer ehemaligen Habe ohne Obdach, ohne Nahrung, fast nackend und bloß, und schauen mit kummervoller Besorgniß dem nahenden Winter entgegen. Das Elend ist furchtbar groß, und schleunige Hülfe sehr nöthig. Unser einziges Vertrauen ist nur auf Gott und wohlthätige Menschenfreunde gerichtet! Ja, wir werden nicht umsonst Euch anflehen, Ihr Edlen in Nah und Fern, die Ihr ein fühlendes, mitleidsvolles Herz im Busen tragt, und so gern bemüht seid, die Thränen des Elends zu trocknen, und den wirklich Unglücklichen aufzurichten! Eilet, eilet, uns Eure Gaben zu spenden! Wir Unterzeichneten werden jede, auch die kleinste Gabe an Geld, Betten, Wäsche, Kleidungsstücken und Nahrungsmitteln, die auf den Altar der Nächstenliebe gelegt wird, mit innigem Danke annehmen und gewissenhaft vertheilen, sofern nicht von den Gebern selbst darüber bestimmt wird, und der allgütige Gott wird Vergelter sein!

Falkenhain, Kreis Schönau, d. 22. August 1848.

Rabitsch, Pastor. **Pohl**, Pfarrer.
Die Ortsgerichte.

Gütige Geldbeiträge für die Verunglückten wird auch sehr gern übernehmen:
Die Expedition der Breslauer Zeitung.

Theater-Nachricht.

Freitag: 51ste Abonnements-Vorstellung. **„Czaar und Zimmermann.“** Komische Oper mit Tanz in 3 Akten, Musik von A. Lortzing. — Peter Iwanow, Herr Hirschberg, vom Hoftheater in Sondershausen; van Bett, Herr Freund, vom Hoftheater in Mannheim, als Gäste.

Sonnabend: 52ste Abonnements-Vorstellung. **„Der Talisman.“** Posse mit Gesang in 3 Akten von Joh. Nestroy, Musik von Ad. Müller.

Herrn Eduard Kuy
wird zum heutigen Wiegenfeste gratulirt.

Todes-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)

Am 24sten d. M. starb an einem gastrisch-nervösen Fieber mein Pflegesohn Carl in dem Alter von 17 Jahren 7 Monaten, was ich tiefbetrübt, um stille Theilnahme bittend, ergebenst anzeige.

Verw. Kaufmann Sympher.

Todes-Anzeige.

Heute Morgens 5 Uhr endete nach eben überstandener Ruhr, an Altersschwäche, unsere gute Mutter, Großmutter und Schwiegermutter, die verw. Frau Pastor Stahr, geb. Scholz, ihr irdisches Dasein, welches wir Verwandten und Freunden, statt jeder besondern Meldung, tiefbetrübt mittheilen.

Trebnitz, den 21. August 1848.

Die Hinterbliebenen.

Grundsatz.
Alle Bürger sind gleich vor dem Gesetz.

Beweis:

1) Der General Rolas du Rosey, Kommandant von Schweidnitz, in Folge der grauenhaften Vorfälle daselbst: **zur Disposition gestellt mit Pension.**
2) Ein hiesiger Jäger, wegen einer im trunkenen Zustande gegen einen Unteroffizier durch Worte begangenen Insubordination **zu eilfjähriger Baugefangenschaft** verurtheilt.

Breslau. Quod erat demonstrandum.

Bekanntmachung.

Der mit Steckbrief vom 10. August d. J. verfolgte Färbergeselle Herrmann Jäckel ist ergriffen, und hat dadurch jener Steckbrief seine Erledigung erhalten.

Breslau, den 23. August 1848.

Königliches Inquisitoriat.

Auktion. Die Auktion Taschenstr. Nr. 6 d. findet erst **heut Nachmittag 2 Uhr** statt. Die Gegenstände, welche vorkommen werden, bestehen in Gläsern, Porzellan, Küchen- und Hausgeräthen.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Eine gebildete Frau, in mittlern Jahren, sucht ein Engagement als Gesellschafterin, Erzieherin oder Vorsteherin eines großen Hauswesens. Offerten werden unter der Adresse P. M. Nr. 18, poste restante Breslau, höflichst erbeten.

Schnabel's Institut für gründliche Erlernung d. Flügelspiels am Neumarkt Nr. 27.

Den 1. September beginnt ein neuer Cursus für Anfänger. — Geübtere werden zu jeder Zeit in das Institut aufgenommen. Anmeldungen finden täglich von 1 — 2 Uhr in meiner Wohnung statt, woselbst auch Prospekte gratis in Empfang zu nehmen sind. Das Honorar beträgt monatlich 1 Rtlr. 10 Sgr.

Julius Schnabel.

Auswärtigen Eltern, deren Söhne hiesige Lehranstalten besuchen, wird ein Pensionsort nachgewiesen, wo Letztere gegen mäßige Vergütigung in leiblicher und geistiger Hinsicht wohl versorgt sind, und das Nähere auf geneigte Nachfragen mitgetheilt durch Güte des Herrn Oberlehrer Dr. Marbach, Kloster Straße Nr. 12 par terre.

Pensions- und Unterrichts-Anzeige.

In der Pensions- und Unterrichts-Anstalt des Unterzeichneten können vom 4. Oktober d. J. ab zwei oder drei Pensionäre, welche für die mittlern Klassen eines Gymnasii vorgebildet werden sollen, gegen billige Bedingungen angenommen werden. Eltern, welchen daran gelegen ist, ihren Kindern neben der wissenschaftlichen auch die gesündere Erziehung auf dem Lande geben lassen zu wollen, bittet um gefällige Berücksichtigung:

Helmkampff, concess. Privatlehrer.

Malapane, den 23. August 1848.

Das Königschießen

von der Schützengilde zu Lissa wird den 27. August d. J. daselbst stattfinden, wozu Gönner und Freunde freundschaftlich eingeladen werden.

Lissa, den 23. August 1848.

Der Vorstand: Kayser. Teichler.

Englische Conversationsstunden
vom 1. September an: Neuegasse Nr. 3.

Unterricht in jeder Art Stickerei wird ertheilt Breitestraße Nr. 41 bei Frl. Kaiser.

☞ In der Destillation von Julius Thieme, Kupferschmiedestraße Nr. 6, sind zum Frühstück und Abendbrot Fleischbrotel à $1\frac{1}{4}$ Sgr. und Gallert à 1 Sgr. incl. Semmel stets zu haben.

Handels- und Commissions-Aufträge, Waaren und Proben von Industrie-Artikeln, Anfragen, Privatbriefe 2c. nach dem Innern von den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika per **New-York**, nehme ich bis 10. Sept. d. J. gegen Franco-Miteinsendung von 1 Rthlr. an, und werden fernere Ordres bis 8ten jeden Monats angenommen und prompt, nach Möglichkeit, besorgt.

A. Beckern bei Liegnitz.

C. Hoyer.

Verloren hat eine arme Frau am 22. Aug. einen Geldbeutel mit silbernem Schloß, worin 4 oder 5 Schnuren Granaten. Um Abgabe wird dringend gebeten Antonienstr. Nr. 11, 3 Stiegen.

Gasbeleuchtungs-Aktien-Gesellschaft.

Um dem resp. Publikum die Anlage von Gas-Einrichtungen möglichst zu erleichtern, haben wir bereits früher bedeutende Preisermäßigungen bei derselben eintreten lassen; da jedoch die Kosten für das von dem Hauptrohre bis an das Haus zu legende Zuleitungs-Rohr noch vielfältig die Einrichtung vertheuert, so werden den Abnehmern für die Folge bei allen Einrichtungen auf den gewöhnlichen Straßen innerhalb der Stadt die genannten Zuleitungsröhren auch bei weiterer Entfernung nur bis zur Länge von zwölf Fuß in Anrechnung gebracht. Breslau, den 25. August 1848.

Das Direktorium der Gasbeleuchtungs-Aktien-Gesellschaft.

Feuer-Versicherungs-Anstalt Borussia.

Mit Beziehung auf die unterm 18ten d. M. erfolgte Einladung zu der am 22. September d. J. stattfindenden Behufs Neuwahl der ausscheidenden Berliner Direktion berufenen Generalversammlung, beehrt die unterzeichnete Direktion sich ergebenst den Herren Aktionären die Mittheilung zu machen, daß der bisherige Mitdirektor Robert Warschauer zu Königsberg sich zur Niederlegung seines Amtes veranlaßt gesehen hat, und deshalb die vorzunehmende Neuwahl sich auch auf die Wiederbesetzung der durch dieses Ausscheiden erledigten Stelle eines Mitdirektors zu Königsberg in Pr. erstrecken wird.

Berlin, den 23. August 1848. **Die Direktion.**

Anzeige.

Durch den Tod des Herrn A. v. Mützschefahl haben sich die bisher bestehenden Unterschriften in unserem Geschäfte geändert.

Die vollgültige Unterschrift für die **Direktion der Phönix-Mühle** wird demnach von Herrn **Hans Wandel** und Herrn **Bernhard Neustädt** gemeinschaftlich, und zwar **nur gemeinschaftlich** gezeichnet, was wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Breslau, den 24. August 1848.

Die Interessenten der Phönix-Mühle.

Hyacinthen-Zwiebeln
direkt aus Harlem bezogen
von den vorzüglichsten Sorten,

welche der Sekretär der Sektion für Obst- und Garten-Kultur, Herr Universitäts-Sekretär Nadbyl, im verflossenen Winter zu prüfen, und in der Frühjahrsausstellung zu präsentiren die Güte hatte, sind angekommen und empfehlen wir solche, vom heutigen Tage ab, zur gefälligen Abnahme. Verzeichnisse werden gratis ausgegeben.

Breslau, den 25. August 1848.

Nitschke und Comp.,
Schuhbrücke Nr. 5 im Comtoir.

Neue Zusendungen

geben mir Veranlassung, nachstehende Artikel mit dem Bemerken zu empfehlen, daß die billigen Preise derselben, den jetzigen Zeitverhältnissen gewiß entsprechen werden.

Gestreifte u. karirte Seidenzeuge,
desgleichen auch
= Pariser Brautroben, =
und italienische schwarze Taffte
changirte Wollenzeuge (gen. Mixed)
in verschiedener Farbenverbindung,
Cachemir u. **Mousseline de Laines**
in entschieden neuen Mustern,
= Nordische Leinen =
in glatt, gestreift, karrirt und brochirt,
Umschlagetüch. u. **Double-Shawls**
sowohl f. d. eleganten als prakt. Gebrauch,
= Mull- u. Battist-Stickereien =
wie auch viele garnirte Gegenstände d. Art,
Gardinen- und Möbelstoffe
nebst einer ganz neuen Art
wollener u. **halbseidn. Tischdecken.**

Adolf Sachs,
Ohlauerstr. 5 u. 6, **„zur Hoffnung.“**

Außerdem offerire ich eine Partie Wollenzeuge, zu einfachen Haus- und Morgenkleidern geeignet, — für den sehr bescheidenen Preis von 2 Rthlr. 20 Sgr. — das vollständige Kleid.

Die unterzeichnete Haupt-Niederlage empfängt von jetzt ab, in Folge der kühleren Witterung, **täglich um 12 Uhr**, wieder größere Sendungen

frischer und vorzüglichster
Preßhefe

und ist in den Stand gesetzt, **zu ermäßigten Fabrik-Preisen** auch die **auswärtigen Niederlagen** und die eingehenden Aufträge pünktlichst zu befriedigen.

Die Hauptniederlage bei
W. Schiff,
Reuschestraße Nr. 58. 59.

P. S. Ich bitte zur Vermeidung von Verwechselungen genau auf meine Firma achten zu wollen. D. O.

Ganz frisches Rothwild

das Pfd. von Rücken und Keule 3 Sgr., empfiehlt: **Frühling**, Wildhändlerin, Ring Nr. 26, im goldenen Becher.

Frisches Rothwild
à Pfd. Bratenfleisch 3 Sgr. offerirt:
Thegel, Wildprethändler,
Kränzelmarkt im zweiten Keller.

Bei einem öffentlichen Lehrer können noch zwei Knaben unter soliden Bedingungen in **Pension** genommen werden; das Nähere ist zu erfahren Oderstraße Nr. 19, zwei Treppen hoch.

Von jüngster August-Füllung empfing ich direkt aus den Quellen:

Marienbader Kreuzbrunnen,
" Ferdinandsbrunnen,
Püllnaer- und Saidschützer Bitterwasser,
Eger Franzensbrunn,
" Salzquelle und Sprudel,
Karlsbader Schloß- und Mühlbrunnen,
Roisdorfer, Pyrmonter,

so wie sämmtliche übrigen Brunnen-Sorten, und stelle ich die billigsten Engros-Preise.

W. Schiff,
Reuschestraße Nr. 58. 59.

Speck-Bücklinge, Spick-Aale und Flandern, ganz frisch und von vorzüglichem Geschmack, verkauft auf dem Burgfelde:
Flemming, Fischhändler.

Frisches Rothwild

à Pfd. 3 Sgr., frische Rehvorderkeulen für 6 und 7 Sgr. empfiehlt:
R. Koch, Wildhändler,
Ring Nr. 9, neben 7 Kurfürsten.

Gute Gebirgsbutter
erhielt eine Sendung die Butterhandlung von **Schuppe**, Bischofsstr. Nr. 12.

Zum Erntefest und zur Tanzmusik Sonntag den 27. August, ladet ergebenst ein:
Kirsch,
in Oswitz zur Schweizerei.

Den Schreiber, des unterm 22sten d. M. an mich gerichteten anonymen Briefes, bitte ich sich mir zu nennen. A. Z.

Ein Hausknecht,

der das Oel zu raffiniren versteht, findet ein Unterkommen Taschenstraße Nr. 31.

Auf dem Dominium Kloch-Ellguth bei Trebnitz steht ein großer Stammochse zum Verkauf.

Echten Probsteier Samen-Stauden-Roggen und echten böhmischen Samen-Stauden-Roggen verkauft das Freigut Klein-Gandau bei Breslau.

Vorzüglichen weißen **Samen-Weizen** und **Samen-Roggen**, auch **Campiner Stauden-Korn** offerirt das Dominium Kunern, Münsterberger Kreises. (Adresse: Kunern bei Prieborn.)

Stellen-Nachweisung.

3 **Hauslehrern**, die musikalisch sind, 1 **Gouvernante, 1 Handlungs-Commis**, welcher polnisch spricht, 2 **Handlungs-Lehrlingen, 2 Landwirthinnen, 1 tüchtigen Koch, 1 Tafeldecker, 1 Gärtner** und **1 großen Köchin** weiset offene Stellen nach das concess. Kommiss.- und Gesinde-Vermiethungs-Bureau von **E. Berger**, Bischofsstraße Nr. 7.

J. F. Zieglers Buchhandlung in Brieg,
Zollstraße Nr. 13,
empfiehlt die mit derselben verbundene,

7000 Bände starke Lesebibliothek

allseitiger Beachtung und Theilnahme. Dieselbe wird fortwährend mit dem **Neuesten** und **Beliebtesten** vermehrt. Separat besteht noch ein

Lesezirkel

belletristischer und **publicistischer Zeitschriften**, so wie **medizinischer Journale**; desgleichen in jedem Winter-Semester

ein Taschenbücher-Lesezirkel.

Katalog und Bedingungen werden bereitwilligst mitgetheilt.

Im Verlage von **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler**:

Special-Karte
der königl. preuß. Provinz
Schlesien und der Grafschaft Glaz,
entworfen und gezeichnet von
F. J. Schneider,
Ober-Feuerwerker in der königl. preuß. 6. Artillerie-Brigade.

Mit besonderer Hervorhebung der vorhandenen und im Bau begriffenen Eisenbahnen, der Staats- und Privat-Chausseen, Kiesstraßen und Kommunikations-Wege.
4 Fuß 4″ breit, 3 Fuß 13″ Rheinl. hoch, in 4 Blättern.
Preis illuminirt 4 Rtl.

Die erste Abtheilung der stenograph. Berichte
der
Verhandlungen der preuß. National-Versammlung zu Berlin.
— Erste bis zwei und dreißigste Sitzung —
90 Bogen gr. 4. Format,
ist in Umschlag brochirt für **1 Rthl.** zu haben im Comtoir der Buchdruckerei von
Graß, Barth und Comp. in Breslau,
Herrenstraße Nr. 20.

Grünberger echter Weinessig
vorzüglich zum Einlegen der Früchte offerirt:
Herrmann Stefke,
Reuschestr. Nr. 63.

☛ Zu verkaufen eine Besitzung, zwei Meilen von Gleiwitz, mit über 200 Morgen Areal, worunter etwas Wiesen sind, neuen massiven Gebäuden und Wohnhause, 7 Zimmer 2c., Garten, Kalksteinbruch, Viehbeständen.
Tralles, Messergasse Nr. 39.

Mein Commissions-Lager von Weizenstärke
in allen Sorten, aus einer der bedeutendsten Fabriken im Gebirge, von anerkannter Güte, habe wiederum vollständig versehen und empfehle dasselbe zur Abnahme im Ganzen und Einzelnen zu den zeitgemäß billigsten Preisen.
Herrmann Stefke,
Reuschestr. Nr. 63.

Ein Hühner-Hund,
sehr gut abgeführt, noch ziemlich jung; sowie sehr bewährter
überseeischer Wunder-Riesen-Stauden-Roggen,
sehr schön rein und unvermischt, 15 Sgr. über dem höchsten Marktpreise, ist zu haben bei Neumarkt. **Lehwald.**

Nahe am Ringe sind **zwei Stuben** nebst Zubehör für 48 Rthl. zu vermiethen, so auch eine **möblirte Stube** mit separatem Eingang; Näheres zu erfragen in der Handlung Stockgasse Nr. 28.

Ganz gute birkene Möbel sind billig wegen Einschränkung in der Wohnung zu haben Nikolaistraße Nr. 60, eine Stiege.

Eine Wohnung

zweiter Etage ist für 80 Rthlr. jährlich zu vermiethen durch den Herrn Commissionair **Selbstherr**, Herrenstraße Nr. 20.

Zur gütigen Beachtung.
Ein großes gut möblirtes Vorderzimmer ist Kupferschmiedestr. Nr. 42 im dritten Stock sofort billig zu vermiethen.

Zu vermiethen und sogleich oder Michaelis zu beziehen ist in Groß-Glogau auf der preußischen Straße dicht am Ringe Nr. 331 ein großer trockner feuersicherer Laden mit daran stoßender Parterre-Wohnung; derselbe würde sich vorzüglich für ein Schnittwaaren-, Putz-, Galanterie- oder Kurzwaaren-Geschäft eignen. Das Nähere bei dem Eigenthümer daselbst.

Zu vermiethen, Sonnenseite, sind Wohnungen à 20, 24, 30 und 36 Rtl. mit Kochöfen Siebenhubenerstraße Nr. 1.

Zu vermiethen
ist die Hälfte der zweiten Etage und ein Theil der ersten Junkernstraße Nr. 31.

Zu vermiethen
ist ein offenes Gewölbe, auch als Comtoir zu benutzen Junkernstraße Nr. 31.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.
Generalin From a. Altwasser k. Hauptm. Graf v. Pückler a. Neisse. Frau George u. Schul-Inspektor Koll a. Berlin. Offizier v. Zawadzki a. Schleswig-Holstein k. Gutsbes. Zimmermann a. Niewe. Gutsbes. v. Niemojowski a. Großherz. Posen. Gutsbes. v. Luck a. Kreicke. Dr. Schuhmacher a. Bremen.

Breslauer Getreide-Preise
am 24. August.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	63	Sg.	60	Sg.	56	Sg.
Weizen, gelber	62	"	59	"	55	"
Roggen	36½	"	34	"	31	"
Gerste	25	"	23	"	21	"
Hafer	18	"	17	"	16½	"

Breslau, den 24. August.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112⅙ Gld. Polnisches Courant 93½ Gld. Oesterreichische Banknoten 92⅔ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½% 74⅚ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 96¼ Gld., neue 3½% 78¾ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 91 Br., Litt. B 4% 93 Br., 3½% 81¾ Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% 88¾ Gld., neue 88½ Gld. Polnische Partial-Obligationen 62 Gld. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 68¼ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 88¼ Br. Oberschlesische Litt. A 3½% 91½ Gld., Litt. B 91½ Gld. Krakau-Oberschlesische 44½ Gld. Niederschlesisch-Märkische 3½% 69¾ Gld. Köln-Mindener 3½% 76¾ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 43¼ Gld. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Mt. 142¼ Gld. Berlin 2 Mt. 99⅙ Gld., keine Sicht 99⅚ Gld. Hamburg 2 Mt. 151¼ Gld., keine Sicht 152 1/12 Gld. London 3 Mt. 6. 24⅔ Gld.

Berlin, den 23. August.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3½% 76 Gld., Prior. 4½% 90¾ Gld. Krakau-Oberschlesische 4% 44½ Kleinigkeit bez. Niederschlesische 3½% 70 à 70½ bez. u. Br., Prior. 4% 82 Gld., Prior. 5% 93¼ Gld., Ser. III. 5% 90 bez. Oberschlesische Litt. A 3½% 92 à 91½ bez., Litt. B 92 à 91½ bez. Rheinische 56 bez., Prior. 4% 71 Br. Posen-Stargard 4% 67½ Gld. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 43¼, ⅛ u. ¼ bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine 3½% 74¼ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 87⅞ Br. Posener Pfandbriefe 4% 96½ bez., neue 3½% 78½ bez. Friedrichsd'or 113⅜ Br. Louisd'or 112½ Br. Polnische Pfandbriefe 4% alte 89¾ Gld., neue 89½ Br.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.